

**Arbeitspapiere
der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung**

Nr. 41

Wilfried Karl

**Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen
Integration ?**

**Friedenspolitische Perspektiven der
Entwicklungen in Europa**

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Karl, Wilfried:
Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen Integration? :
Friedenspolitische Perspektiven der Entwicklungen in Europa
/ Wilfried Karl. - Berlin : Berghof-Stiftung für
Konfliktforschung, 1990
(Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung; Nr. 41)
ISBN 3-927783-11-0
NE: Berghof-Stiftung für Konfliktforschung; Arbeitspapiere der Berghof-
Stiftung ...

Die „Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung“ stellen keine Äußerung der *Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33, Tel. (030) 8318099 und 8318090*, oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter in von der Stiftung geförderten oder betreuten Projekten sind.

C bei den Autoren

ISBN 3-927783-11-0

ISSN 0936-6857

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

Berlin

1990

INHALT

| | | |
|----|---|----|
| 1. | EINLEITUNG..... | 2 |
| 2. | MACHT UND INTEGRATION | 2 |
| 3. | DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN ENTWICKLUNGEN IN EUROPA..... | 5 |
| | 3.1. BRD und DDR..... | 5 |
| | 3.2. USA und Westeuropa..... | 15 |
| | 3.3. UdSSR und Osteuropa | 21 |
| | 3.4. KSZE..... | 24 |
| 4. | EG-INTEGRATION..... | 25 |
| 5. | MACHTPOTENTIAL UND MACHTPOLITIK DER BRD? | 31 |
| 6. | ZUSAMMENFASSUNG | 35 |

1. EINLEITUNG

Die Auflösung der Nachkriegsordnung in Europa ist vor allem gekennzeichnet durch den Zusammenbruch der 'realsozialistischen' Gesellschaftssysteme in den meisten Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) und durch den Beitritt der DDR zur BRD. Grundlegende Voraussetzung für diese historischen Veränderungen war v.a. die außen- und sicherheitspolitische Reformorientierung der UdSSR seit 1985. Nach den politischen Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa, die grundsätzlich zu begrüßende politische Freiheiten für die Bevölkerungen in diesen Staaten brachten, und besonders nach der - wahrscheinlich auf einem Mißverständnis beruhenden - Maueröffnung durch die DDR breitete sich über alle politischen Grenzen hinweg eine Abrüstungs- und Europa-Euphorie aus: Der Ost-West-Konflikt galt als beendet, und eine weitgehende Abrüstung schien nur noch eine Frage der Zeit. Diese mehrheitlich optimistischen Einschätzungen der Entwicklungen in Europa¹ wurde aber getrübt von verschiedenen sicherheitspolitischen Folgeproblemen, von denen die krisenhaften Prozesse in der UdSSR und die neuerlich auftauchende "deutsche Frage", ob und wie das neue Deutschland auch in Zukunft zuverlässig eingebunden werden kann, im Vordergrund standen. In diesem Papier soll vorrangig das zweite Problem, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Europa und die daraus abzuleitenden friedenspolitischen Perspektiven, behandelt werden.

Nachdem im Laufe des Jahres 1990 sowohl die "äußeren Aspekte der deutschen Einheit" verbindlich geregelt als auch die Neustrukturierung der sicherheitspolitischen Beziehungen in ihren Grundzügen abgeschlossen worden sind, sollen beide Entwicklungen daraufhin untersucht werden, inwieweit die von verschiedenen Akteuren formulierten Ziele und Interessen erreicht bzw. umgesetzt worden sind. Dargestellt und analysiert werden Verlauf und Ergebnisse der Bemühungen um eine sicherheitspolitische Einbettung Deutschlands und die Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der "2+4-Gespräche", der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und der weitergehenden Integration im EG-Zusammenhang. Da es ein Ziel des Papiers ist, einen Beitrag zur Diskussion um die Frage zu liefern, ob die BRD Machtpolitik betreibt bzw. wie das vergrößerte Machtpotential in Form des souveränen Deutschlands eingeschätzt werden kann / muß, sind diese Teile vorrangig als konkrete Analyse insbesondere der bundesdeutschen Außenpolitik angelegt. Abschließend werden die Entwicklungen und Ergebnisse unter friedenspolitischen Gesichtspunkten bewertet.

2. MACHT UND INTEGRATION

Macht und Integration sind die zentralen Kategorien in der wissenschaftlichen Diskussion in bezug auf die zwischenstaatliche Politik in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Grundlage für die Einschätzung als zentrale Kategorien ist ein Verständnis des internationalen Systems, das eben *nicht* durch Anarchie (also Herrschaftsfreiheit), sondern vom Gegenteil gekennzeichnet ist. Die "Schlüsselaufgabe" der Wissenschaft von der internationalen Politik ist es deshalb, "die Macht-

¹ Eine der wenigen realistischeren Einschätzungen in Bezug auf diesen Punkt stammt von Stürmer, der vor der "Illusion" warnte, "es gebe in der Zukunft weder Konflikte noch Machtpolitik ..., sondern nur noch Management des Wandels und des Wachstums"; Michael Stürmer, "Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?", Deutschland im europäischen System der neunziger Jahre, Vortrag auf dem Hessischen Sparkassentag 1990 (Schriftenreihe des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes, Heft 9), Frankfurt a.M. 1990, S. 10.

und Herrschaftsstrukturen (unter Nationen) zu erhellen" und "nach der Begrenzung dieser Herrschaft zu fragen".²

Da noch keine hinreichende Konzeptualisierung und Operationalisierung des Machtbegriffs existiert³, geschweige denn eine "einigermaßen verbindliche politikwissenschaftliche Theorie von Macht" vorliegt⁴, muß auch hier auf die soziologische Bestimmung Max Webers zurückgegriffen werden, wonach Macht als "Chance" begriffen wird, eigene Interessen gegen Widerstreben durchzusetzen. Dieser Ansatz geht über die "biologistischen Setzungen" der realistischen Schule hinaus, für die Erlangung, Erhalt und Ausbau von Macht letztendlich selbstevident sind.⁵ Unter politologischen Erkenntnisinteressen ist vielmehr davon auszugehen, daß Macht *primär* einen instrumentellen Charakter für die relevanten Akteure hat, wobei versucht wird, ein vorhandenes Machtpotential in funktionaler oder strukturaler Weise zu nutzen.⁶ Von den relevanten Akteuren werden hier vorrangig die Nationalstaaten und die dank gleichgerichteter Interessen aus Nationalstaaten begründeten Bündnisse und Kooperationszusammenschlüsse betrachtet, weil Sicherheitspolitik noch immer wesentlich von nationalstaatlichen Akteuren bestimmt, formuliert und umgesetzt wird. Die massive Bedeutungsausweitung des Begriffs Sicherheit auf andere als Militär und Rüstung betreffende Bereiche spiegelt zwar nicht nur die zunehmende Verwundbarkeit komplexer, hochindustrialisierter Gesellschaften, sondern verweist v.a. auf die gewachsenen globalen ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende höhere Zahl unterschiedlicher Akteure, die über das "Output" des internationalen Systems mitbestimmen. Aber selbst im ökonomischen Bereich spielen die Aktivitäten von Nationalstaaten und der von ihnen begründeten Organisationen eine wesentliche Rolle.⁷ *Machtpolitik* soll dementsprechend verstanden werden als staatlich vermittelte Ausdrucksform für die Existenz und Beibehaltung von struktureller und direkter Gewalt im internationalen System.

Bezogen auf den Ost-West-Konflikt bedeutet dies, die Formel vom "Ende des Ost-West-Konflikts" zumindest zu relativieren, weil sie geeignet ist, den Blick auf den ambivalenten Kerngehalt des Konfliktes zu verstellen.⁸ Dieser Konflikt beruhte *zum einen* auf dem Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, einem Gegensatz zwischen politischen und sozio-ökonomischen Gesellschaftsordnungen, der auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen (Ideologie, Politik, Militär, Ökonomie) ausgetragen wurde. Teilweise haben sich einzelne Elemente verselbständigt - in dem Sinn, daß zwar der Systemgegensatz der Ausgangspunkt und die letzte Legitimation unterschiedlicher Maßnahmen und Entscheidungen war (wie zum Beispiel im Rüstungsbereich), diese Maßnahmen und Entscheidungen aber zumindest mit beeinflußt und zum Teil dominiert wurden von Interessen und Zielen, die nur sehr vage in einen funktionalen Zusammenhang mit dem Systemgegensatz gebracht werden können. *Zum anderen* war der Ost-

² Ulrich Albrecht, *Internationale Politik, Einführung in das System internationaler Herrschaft*, München / Wien, 1986, S. 126.

³ Karl Rohe, *Macht*, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 5, München / Zürich, 1984, S. 305-307, hier S. 306.

⁴ Albrecht 1986 (siehe Anm. 2), S. 36.

⁵ Albrecht 1986 (siehe Anm. 2), S. 32f.

⁶ Vgl. auch die Unterscheidung von strukturaler und relationaler Macht bei Susan Strange, *The persistent myth of lost hegemony*, in: *International Organisation*, 41, 4, Autumn 1987, S. 551-574.

⁷ Die beiden wichtigsten Verdienste des Interdependenzansatzes sind vielleicht, die Komplexität von Realität in die etablierte wissenschaftliche Debatte eingebracht zu haben und die vielfältigen Beziehungen empirisch zu beschreiben. Der entscheidende Nachteil für die Analyse und Erklärung der driving forces der internationalen Politik ist jedoch die Tendenz zur Nivellierung realer Machtunterschiede - um im Bild zu bleiben: es ist notwendig, aber nicht ausreichend, die Spielkarten (Strukturen) und die Regeln (Gewohnheiten, Verhaltensmuster - Prozesse) eines Pokerspiels zu betrachten; mit entscheidend ist, wer die Karten mischt und die Regeln bestimmt. Vgl. Keohane / Nye, *Power and Interdependence*, 1989 (2. erweiterte Aufl.), S. 260f.

⁸ Diese Ambivalenz des Ost-West-Konfliktes macht einen Gutteil der Komplexität des Gegenstandes aus und hat m.E. dazu beigetragen, daß "die genaue Bestimmung dieses Phänomens ... auch nach Jahrzehnten wissenschaftlicher Forschungsarbeiten schwierig geblieben" ist; Christiane Rix (Hg.), *Ost-West-Konflikt - Wissen wir, wovon wir sprechen?*, Baden-Baden 1987 (Schriftenreihe der AFK, Bd. 14), S. 9. Vgl. zu der bei komplexen Fragestellungen in Sozialwissenschaften üblichen Einschränkung einer ungenügenden Theorieentwicklung in Bezug auf Konflikte Hakan Wiberg, *What is the Use of Conflict Theory?*, in: Peter Wallensteen (Ed.), *Peace Research, Achievements and Challenges*, Boulder & London, 1988, S. 105-118, hier S. 113.

West-Konflikt zugleich Ausdruck von Machtpolitik, d.h. des Versuches zur Durchsetzung von Zielen und Interessen mehrerer Nationalstaaten und Bündnisse auf Kosten der anderen Seite.⁹ Denn ohne das Interesse an einer Übertragung des eigenen Gesellschaftssystems auf die andere Seite hätte kein "Gegensatz", sondern nur ein "Unterschied" zwischen den Systemen bestanden. Die zeitlich und thematisch begrenzte Kooperation zwischen den Bündnissen und ihren Führungsmächten bedeutete (trotz der deklaratorischen Anerkennung der Interessen der anderen Seite in verschiedenen Zusammenhängen) nicht, daß auf eine einseitige Interessendurchsetzung von einem der beiden Systeme verzichtet worden wäre. Die begrenzte Kooperation war unter anderem eine Folge der faktischen Unmöglichkeit angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel, die eigenen Interessen zu Lasten der anderen Seite durchzusetzen. Anstelle direkter kriegerischer Auseinandersetzungen (als *die* zentrale klassische Auseinandersetzungsform in machtpolitischen Konflikten), auf die sich beide Seiten gleichwohl mit einem beispiellosen Auf- und Ausbau von Militär- und Rüstungsapparaten vorbereiteten, gewannen deshalb andere Mittel und Auseinandersetzungsformen, wie politische Beeinflussung, ideologische Hegemoniebestrebungen und ökonomisch-technologische Konkurrenz, an Bedeutung.

Das gilt es in Erinnerung zu behalten, wenn es darum geht, die jetzige Situation zu beurteilen und Perspektiven für die weitere Entwicklung des (staatlichen) Zusammenlebens in Europa zu formulieren. Maßstab dafür muß aus einer Position, der ein weiter Friedensbegriff zugrunde liegt, auch und gerade in einer Situation geschichtlicher Umwälzungen der Grad des Abbaus und der Verhinderung von Machtpolitik (mit welchen Mitteln und Instrumenten sie auch immer betrieben wird) sein. Nur weil es Machtpolitik "schon immer" gegeben hat und weiterhin gibt, kann dies gerade aus friedenspolitischer Perspektive kein Grund sein, sie nicht in die Betrachtung einzubeziehen. Im Gegenteil - Machtpolitik ist immer noch eine der wichtigsten Grundlagen für diese friedenspolitisch nicht akzeptable und sicherheitspolitisch zunehmend dysfunktionale "Ordnung".

Es wird hier darauf verzichtet, die Ende der 70er Jahren abbrechende Theoriedebatte über Integration zu wiederzugeben, um nicht ein weiteres Mal "gebetsmühlenartig die frühen Integrationsansätze ... zu wiederholen und deren Aussageschwäche erneut zu "beweisen".¹⁰ Wichtig ist vielmehr festzuhalten, daß bis in die jüngste Zeit kaum Anläufe zur theoretischen Fundierung zu verzeichnen sind - obwohl es sich hier doch um ein zumindest für den europäischen Raum wesentliches Phänomen der internationalen Politik handelt. Der Hinweis auf die Zeitbezogenheit jeder wissenschaftlicher Arbeit, die sich auch in der historischen Entwicklung der Integrationsansätze ablesen läßt und die in diesem Fall mit dem weit "verbreiteten Katzenjammer" über den Zustand der EG Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre in Verbindung gebracht wird, ist aber sicher nur ein Teil der Erklärung für das versiegende theoretische Engagement. Im Ergebnis wurden lediglich "diagnostische Bestandsaufnahmen" oder "therapeutische Kursbestimmungen" produziert.¹¹ Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die objektive Komplexität und die real wider-

⁹ Vgl. auch die Interpretation als Hegemonialkonflikt (z.B. bei Dieter Senghaas, Sicherheitspolitik am Scheideweg, Von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Neuorientierung, in: Lothar Brock / Berthold Meyer (Hg.), Die Zukunft der Sicherheit in Europa, Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 11, Baden-Baden 1984, S. 22-53), die historisch auf verschiedene kontinentaleuropäische Gegensätze zurückgeführt werden. Vgl. dazu Imanuel Geiss, Der Ost-West-Konflikt als globaler Hegemonialkonflikt, in: (siehe Anm. 8), S. 35-74.

¹⁰ Wolfgang Wessels, Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte, Schwerpunkte, Tendenzen, Defizite, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, Bonn 1986, S. 29-48, hier S. 41f.

¹¹ Jürgen Bellers / Erwin Häckel, Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: PVS-Sonderheft, Theorien der internationalen Beziehungen (Hrsg. von Volker Rittberger), i.E.; die Autoren nennen die Arbeiten von Scharpf, Hrbek, Wessels, Grabitz, Ipsen der ersten, und die von Kaiser u.a. der zweiten Kategorie zu. Die Autoren merken darüberhinaus an, daß auch die Neubelebung der Europapolitik seit Mitte der 80er Jahre (EEA, Süderweiterung, Binnenmarkt) keine revitalisierte Theoriedebatte auszulösen vermochte, obwohl die alten Ansätze nicht zur Erklärung des neuerlichen Aufschwungs genügen.

sprüchliche Entwicklung der erfolgreichsten Integrationsgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg von den relativ eindimensionalen Integrationsansätzen nicht adäquat zu erfassen ist.

Aus diesen Gründen soll hier ein Verständnis der EG-Integration Anwendung finden, das nicht nur den Schwerpunkt auf den Prozeßcharakter (anstelle der Institutionenorientierung) legt, sondern auch die in diesem und für diesen Prozeß wesentlichen Interessen und Rahmenbedingungen einbezieht und damit sowohl die generelle Entwicklungsrichtung zu beschreiben und zu erklären in der Lage ist, als auch die potentielle Veränderbarkeit des Prozesses selbst, seine Geschwindigkeit und seine konkreten Ausformung, nicht aus den Augen verliert.¹² Demnach läßt sich die "regionale Integration im Rahmen des EG-Systems ... als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Internationalisierung der Kapitalverwertung ... und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats begreifen".¹³

Die EG ist als der bisher erfolgreichste Integrationsversuch im internationalen System der neueren Geschichte unter machtpolitischen Gesichtspunkten ein ambivalentes Gebilde. Einerseits erfüllte sie (und ihre Vorläufer) - wie auch die NATO - für die westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion, das Machtpotential der Bundesrepublik zu kontrollieren; die "grundlegende politische Funktion der westeuropäischen Integration"¹⁴ war es, das sicherheitspolitische Interesse der westeuropäischen Nachbarstaaten durch die Einbindung des westdeutschen Teilstaates zu befriedigen. Andererseits bot die EG (in Verbindung mit der NATO) erst den Rahmen dafür, daß sich die Bundesrepublik als politische und wirtschaftliche Macht im internationalen System entfalten konnte *und* - wie auch die anderen EG-Mitglieder - wiederum die EG zur Interessenwahrung und -durchsetzung benutzen konnte. Denn solche Integrationsgemeinschaften "müssen durchaus als neue, komplexe Machtgruppierungen verstanden werden, die das Machtpotential der beteiligten Staaten teilweise absorbiert, neutralisiert, integriert haben zugunsten kollektiver Machtsteigerung".¹⁵ Auch das EG-System kann zwar als eigenständiger Akteur in den internationalen Beziehungen gelten, es dient aber nicht als Ersatz oder Alternative, sondern als Erweiterung nationaler Handlungsmöglichkeiten und wird deshalb im Hinblick auf das internationale System mit dem Begriff der "zusammengesetzten Außenpolitik" zutreffend beschrieben.¹⁶

3. DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN ENTWICKLUNGEN IN EUROPA

Im folgenden sollen die realen Entwicklungen in Europa seit November 1989, insbesondere deren sicherheitspolitische Dimensionen sowie die erkennbaren Perspektiven für ein neues europäisches Sicherheitssystem, beschrieben und analysiert werden.

3.1. BRD und DDR

Die wahrscheinlich auf Mißverständnissen im SED-Apparat beruhende Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten am 9. November 1989 durch die erst wenige Wochen zuvor

¹² Insofern ist der hier vertretene Ansatz ein Teil des "Paradigmenwechsels hinter der Szene". Vgl. Wessels 1986 (s. Anm. 10), S. 41f.

¹³ Albert Statz, Entwicklungen der westeuropäischen Integration 1945-1989, in: Frank Deppe u.a. (Hg.), 1992 - Projekt Europa, Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln 1989, S. 13-38, S. 16; vgl. ausführlicher A. Statz, Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration, Frankfurt 1979, S. 224ff.

¹⁴ Statz 1989 (siehe Anm. 13), S. 14.

¹⁵ Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen, Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985 (2. Aufl.), S. 75.

¹⁶ Vgl. Reinhardt Rummel, Zusammengesetzte Außenpolitik, Westeuropa als internationaler Akteur, Kehl / Straßburg 1982, insbes. S. 89ff.

personell erneuerte DDR-Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Krenz war der eigentliche Auslöser für alle weiteren Entwicklungen in dem Prozeß zur staatlichen Vereinigung Deutschlands und damit auch der nachhaltigsten Veränderungen im europäischen Nachkriegssystem. Der Prozeß zur staatlichen Vereinigung wurde spätestens seit diesem Zeitpunkt von der konservativ-liberalen Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzler Kohl in zweifacher Hinsicht massiv vorangetrieben.¹⁷ Die DDR-Regierung und -Bevölkerung wurde über das Versagen konkreter Hilfen für Reformen und das Versprechen einer besseren Zukunft nach Übernahme des westdeutschen Gesellschaftsmodells gezielt auf einen schnellen Beitritt gelenkt.¹⁸ Gegenüber den Regierungen der Nachbarstaaten wurde der seit den Sommermonaten anhaltende Flüchtlingsstrom über Ungarn und die Botschaften in osteuropäischen Ländern als nicht zu beeinflussende Bewegung dargestellt, die zwangsläufig zu einer Vereinigung führen müßte.¹⁹ In den Ergebnissen der Volkskammerwahlen im März manifestierte sich dann eine eindeutige Mehrheit der DDR-Bevölkerung für einen schnellen Beitritt.²⁰ Gleichzeitig wurde mit diesen Wahlergebnissen endgültig deutlich, daß die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht willens oder bereit war, einen "dritten Weg" zu probieren, wie er von den anfänglichen Trägern des Umbruchs gewollt wurde.

Die Bedenken der europäischen Nachbarstaaten gegen eine erneute Vereinigung der beiden deutschen Staaten beruhten in erster Linie in ihren historischen Erfahrungen mit Deutschland als Aggressor, der zwei Weltkriege führte und der mit der perfektionierten Ermordung von Juden und politischen Gegnern in den Vernichtungslagern des Deutschen Reiches ein bis heute wirksames Exempel der Barbarei lieferte. Mit der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts und der erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch nur wieder denkbaren Möglichkeit der "Wiedervereinigung" Deutschlands wurden die Ängste und Bedenken wieder virulent.²¹ Die "teilweise erheblichen Irritationen"²² wurden darüberhinaus genährt von einer Politik v.a. von Bundeskanzler Kohl, der auf die in realen Erfahrungen begründeten Ängste und Bedenken wenig Rücksicht nahm.²³

Das wurde u.a. deutlich bei Kohls sog. 10-Punkte-Plan, in dem er zum einen etliche kurzfristige, konkrete Maßnahmen (wie einen Devisenfonds) zur Neugestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses vorschlug, zum anderen aber auch die Schaffung von "konföderativen Strukturen" u.a. mit gemeinsamen Regierungsausschüssen ins Gespräch brachte. Die über kurzfristige Kooperation und Unterstützung hinausgehenden Schritte waren an Voraussetzungen (v.a. die Änderung des politischen Strafrechts, freie Wahlen und die Schaffung von "marktwirtschaftlichen Bedingungen") gebunden. Im Gegensatz zu dem vom DDR-Ministerpräsidenten gemachten Vorschlag

17 Es wäre eine eigene Untersuchung über die Frage notwendig, wie intensiv die ungarische Regierung von der Bundesregierung dazu veranlaßt wurde, ihre Grenzen als erstes Land des "Ostblocks" zu öffnen und die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern durch verschiedene andere Maßnahmen zu ermöglichen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldete, "man hört, daß bei dieser Entwicklung auch Vorstellungen der Bundesrepublik und anderer Länder, die gegenwärtig Ungarn Hilfe leisten wollen, eine Rolle gespielt haben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.8.1989, S. 1f.). Die Bundesregierung versuchte auch weitere Verabredungen über die massenhafte Ausweisung abzustreiten "- offenkundig im Gegensatz zu den Fakten" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.9.1989, S. 18), und hat später jede Information über diese Entwicklungen "eingestellt", die zunehmend zu einem weltweiten Medienspektakel wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.9.1989, S. 1).

18 Vgl. auch Bruno Schoch, Schwierige Einbettung, Von der deutschen Frage zum Problem Deutschland?, in: Thomas Blanke / Rainer Erd (Hg.), DDR - Ein Staat vergeht, Frankfurt a.M. 1990, S. 149-167, hier S. 162.

19 Widerspruchsfreie Zahlen über den tatsächlichen Umfang der nicht zu bezweifelnden Aussiedler-Bewegung wurden nicht veröffentlicht.

20 In der Tendenz ähnliche Ergebnisse brachten die Mitte Oktober 1990 zur Wieder-Gründung der alten Länder auf dem Gebiet der da schon ehemaligen DDR abgehaltenen Landtagswahlen sowie die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen Anfang Dezember.

21 Vgl. auch Schoch (s. Anm. 18), S. 153f.

22 Rudolf Hrbek, Die Vereinigung Deutschlands und die Integration in die Europäische Gemeinschaft, in: Hans-Georg Wehling (Red.), (Wieder-) Vereinigungsprozeß in Deutschland, Stuttgart usw. 1990, S. 131-146, hier S. 135.

23 Außer den folgenden Beispielen wurde auch das unerwartete Angebot einer deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion als ein solch einseitiger Schritt wahrgenommen, weil die bundesdeutsche Seite die EG-Wirtschafts-

zu einer "Vertragsgemeinschaft", in dem die Zweistaatlichkeit eindeutig die Grundlage war und festgeschrieben werden sollte, stellte Kohl die staatliche Wiedervereinigung wenn auch nicht an einen Zeitplan gebunden, so doch konkret in Aussicht. "Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen - dessen bin ich sicher."²⁴ Die Rede Kohls war in der Tat keine "revolutionäre Veränderung der Deutschlandpolitik ..., sondern (es ging) um eine Zusammenbündelung bisher bekannter Elemente in unbekannter Weise." Gleichzeitig "stimmt es jedoch", daß sie in dieser Situation "ihre Wirkung auf die Bevölkerung in der DDR nicht verfehlte." Und genauso wenig auf die europäischen Nachbarn, die "zu Recht darauf hinweisen (konnten), daß die wichtigsten Verbündeten vorher nicht konsultiert worden seien".²⁵ Für die Kohl-Regierung bedeutete einerseits die Lage der Nation, die durch die Flüchtlinge aus der DDR und die Wahlerfolge der Republikaner (und daraus resultierender Forderungen aus der CDU/CSU nach einer "drängenderen Artikulation" ihrer deutschlandpolitischen Forderungen) gekennzeichnet war, "die Initiative zu ergreifen, bevor zusätzliche Tretminen auf einem ohnehin schwierigen Terrain ausgelegt würden". Zum anderen verlangte aus Bonner Sicht die Situation mehr als nur die unverbindliche "Verpflichtung auf die Werte der atlantischen Allianz", die bei den westlichen Verbündeten mit der Tendenz einherging, "alles so zu belassen, als wäre nichts geschehen". Bedachte man noch die unsichere Perspektive des Reformprozesses in der Sowjetunion, so "war es fast zwingend, daß die Bundesregierung ihre Karten auf den Tisch legte: Um deutlich zu machen, daß sie kein schlechtes Blatt in der Hand hat, aber auch, daß sie nicht höher reizen möchte."²⁶ In der Folge vertiefte sich die seit 1989 bestehende latente deutsch-französische Krise. Ein "großer Teil" der französischen politischen Klasse stand den "neuen deutsch-deutschen Perspektiven mit wachsendem Mißtrauen gegenüber, während in der Bundesrepublik nicht nur in Stammtischgesprächen der Vorwurf zu hören ist, 'daß unsere Verbündeten ... uns belogen haben und uns jetzt verraten'.²⁷

Ein weiterer Hinweis auf die geringe Bereitschaft Bundeskanzler Kohls zur Beachtung der Interessen der europäischen Nachbarn war seine anhaltende Weigerung zu Beginn des Jahres, die Oder-Neiße-Linie verbindlich als unverrückbare Westgrenze Polens anzuerkennen, bzw. seine Forderung, die polnische Regierung solle im Gegenzug auf Reparationen verzichten und die "Rechte der Deutschen" in Polen vertraglich zusichern.²⁸ Der nach heftiger Kritik aus dem In- und Ausland (s.u.) schließlich vereinbarte Entwurf für eine Entschließung der beiden deutschen Parlamente, die diese dann im Sommer auch verabschiedeten, legte zwar den heftigen Streit zwischen der FDP und den Unionsparteien in der Bundesrepublik bei, entsprach aber bei weitem nicht den Forderungen und Vorschlägen, die der polnische Ministerpräsident Mazowiecki aufstellte²⁹ und die vom FDP-Präsidium übernommen worden waren.³⁰ Als Motive für Kohl, mit sei-

und Währungsunion mit etlichen Bedingungen verzögere - so die französische Interpretation; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 9.2.1990.

- 24 Helmut Kohl, Freiheit schafft Stabilität, Rede im Bundestag, in: Das Parlament, Nr. 50, 8.12.1989, S. 4-6, hier S. 5.
 25 Peter R. Weilemann, Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung - Die zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl, in: Aussenpolitik, Nr. 1/90, S. 15-23, S. 22f. Der Bundeskanzler selbst meinte allerdings im Sommer, die Bundesregierung habe "von Anfang an engste Abstimmung im Rahmen der EG und der NATO" betrieben; vgl. Bulletin der Bundesregierung, Nr. 93, 18.7.1990, S. 801.
 26 Weilemann (siehe Anm. 25), S. 17f.
 27 Joseph Rován, Rückzug auf den Nationalstaat?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.2.1990, S. 8.
 28 Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.3.1990.
 29 Frankfurter Allgemeine Zeitung 23. und 24.2.1990. Die Ablehnung der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze war bereits seit Sommer 1989 wieder zu einem Politikum geworden, nachdem Bundesfinanzminister Waigel Anfang Juli auf dem Schlesier-Treffen u.a. von den "ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße" gesprochen hatte und der Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, Karl Kaiser, daraufhin von einem bereits von Kanzler Adenauer geleisteten "Verzicht" auf die "Ostgebiete" berichtet hatte. Die Rede Waigels ist in Auszügen dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, 1989, S. 1021-1022.
 30 Vgl. Der Spiegel, Nr. 9 v. 26.2.1990, S. 20f., Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung 28.2.1990. Vgl. zur Kritik aus der FDP Hildegard Hamm-Brücher forderte, "dem Geeiere" von Kohl ein Ende zu machen; Hirsch sprach von einer Gefährdung der Existenz der Bundesregierung) u.a. Süddeutsche Zeitung 24.2.1990 und 27.2.1990, Der Spiegel, Nr. 9, 26.2.1990, S. 20f., Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.3.1990. Zur Kritik aus den Reihen

nen Forderungen kaum reparable innen- und außenpolitische Schäden zu riskieren, wurden Wahltaktik (Stimmen aus dem rechten Wählerspektrum vor Landtagswahlen in der BRD und den ersten freien Wahlen in der DDR), Verhandlungstaktik (ein Pfand auf der internationalen Bühne) und revanchistische Gelüste genannt.³¹ Ein weiterer Grund - die Verhinderung von Reparationszahlungen - wurde kaum diskutiert. Sie könnten aber ein reales Problem darstellen, weil in dem Londoner Schuldenabkommen nicht nur die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Reparationen festgelegt wurde, es wurde auch bestimmt, daß die Bezahlung erst nach Abschluß eines Friedensvertrags fällig wird. Die CDU/CSU lehnte u.a. wegen der möglichen Kosten in Milliardenhöhe einen Friedensvertrag als formalen Beginn der Neuordnung der europäischen Verhältnisse ab.³² Daneben spiegelt sich in der Ablehnung eines Friedensvertrages das auch von der FDP geteilte Verlangen, in keiner Weise diskriminiert zu werden (was man als Kriegsbeginner in solchen Verhandlungen automatisch gewesen wäre), stattdessen im Zuge der staatlichen Vereinigung endgültig die volle Souveränität Deutschlands wiederherzustellen und dieses Ziel möglichst rasch zu erreichen.³³

Es ist der Einschätzung zuzustimmen, daß die nach dem Alleingang Kohls Ende November und den darauf folgenden Gipfeltreffen Anfang Dezember angelaufenen engsten Konsultation im westlichen Lager sowie einige andere auf den Interessenausgleich mit den westlichen oder östlichen Nachbarn abzielende Initiativen hauptsächlich auf Initiative und Betreiben des Bundesaußenministeriums zustande gekommen sind. Die von den westlichen Verbündeten als Bedingung genannte weitere Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO war auch für die Bundesregierung selbstverständlich. Der als Kompromiß zwischen den gegensätzlichen Positionen der UdSSR und der NATO-Staaten in dieser Frage gedachte Vorschlag (keine NATO-Truppen auf ehemaligem DDR-Gebiet), der im Juli dann auch ein Teil der deutsch-sowjetischen Vereinbarung wurde, stammt von Bundesaußenminister Genscher und wurde bereits Anfang des Jahres gemacht.³⁴ Der "Genscher-Plan" zur NATO-Zugehörigkeit wich aber nicht nur von der Bündnislinie ab, die in der Bundesrepublik u.a. von Verteidigungsminister Stoltenberg vertreten wurde³⁵, er war auch als Gegenvorschlag zu einem Vorstoß von DDR-Ministerpräsident Modrow gedacht. Der sprach sich für eine "Entmilitarisierung" und militärische Neutralität aus.³⁶

In der Bundesregierung wurden Überlegungen zu einer "neuen europäischen Friedensordnung" ebenfalls von Genscher vergleichsweise frühzeitig entwickelt und vorgestellt. Danach "müssen die Bündnisse zur Stabilitätspartnerschaft zwischen Ost und West beitragen" und die Elemente neuer, kooperativer Sicherheitsstrukturen sein, von denen sie "zunehmend überwölbt werden und in denen sie schließlich aufgehen können". Der Hauptzweck für die kommenden KSZE-

der CDU z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.3.1990 und 6.3.1990. Von polnischer Seite wurde bis zum "2+4"-Treffen Mitte Juli in Paris vergeblich versucht, eine völkerrechtlich verbindliche Garantie (in Verbindung mit einem Vertrag über Deutschland) zu bekommen.

31 Der Spiegel, Nr. 10 v. 5.3.1990, S. 23-25. Die neue Leitungsriege im MfAA der DDR, daß "die Wahlkalküle Bonns in der Polenfrage am deutlichsten zu spüren waren" - als Höhepunkt des "fortwährenden Eindrucks ..., daß Kanzler Kohl seine Entscheidungen in den deutschen Fragen grundsätzlich von der Perspektive des Machterhalts her entschied"; so der Leiter des Planungsstabes Ulrich Albrecht, Die Wiedervereinigung, Die Regelung der äußeren Aspekte, unveröff. Manuskript, o.O. (Berlin), 1990, S. 193.

32 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.2.1990, S. 1f., 6. und 7.3.1990; vgl. zu entsprechenden sowjetischen und französischen Vorschlägen Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.1990.

33 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.2.1990, S. 5. Gorbatschow hatte in seiner ersten ausführlichen Stellungnahme zur "deutsche Frage" diese Forderung prononciert erhoben: "Noch gibt es keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Nur er kann auf völkerrechtlicher Basis endgültig den Status Deutschlands in der europäischen Struktur bestimmen." Vgl. die Dokumentation des Prawda-Interviews in: die tageszeitung 22.2.1990, S. 10.

34 Vgl. Süddeutsche Zeitung 1.2.1990 und 7.2.1990. Nach Ansicht von Genscher wäre die Forderung, das DDR-Gebiet solle nach der Vereinigung normales NATO-Territorium sein, "das Ende des Strebens nach Einheit" gewesen; Frankfurter Rundschau 29.1.1990.

35 Vgl. zum Streit zwischen beiden Ministern (wobei Stoltenberg angab, die Meinung der CDU zu formulieren - Süddeutsche Zeitung 17. und 20.2.1990) die tageszeitung 17.2.1990, die tageszeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.2.1990, S. 1, und dessen Schlichtung Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und die tageszeitung 20.2.1990.

36 Vgl. Süddeutsche Zeitung und die tageszeitung 5.2.1990

Konferenzen soll die Schaffung von "europäischen Institutionen" unter anderem "zur Koordination der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, ... zur Sicherung der Menschenrechte, ... eine Umweltagentur und europäische Zentren für Konfliktregelung und Verifikation" sein. Außerdem soll zur Verstetigung und Vertiefung der europäischen Einigung ein "Rat der Außenminister der KSZE-Staaten, der in regelmäßigen Abständen tagt", eingerichtet werden.³⁷ Nach Presse-Informationen gingen die Überlegungen im Auswärtigen Amt sogar noch weiter. Um der UdSSR "sicherheitspolitisch relevante Garantien" zu geben, könnte ihr - wie es bereits einmal 1955 erwogen worden war - ein "Sicherheitsvertrag" angeboten werden, in dem den Staaten West- und Osteuropas im Falle einer neuen militärischen Aggression Deutschlands das Recht zur gemeinsamen Intervention zugestanden wird. Außerdem könnte bereits in der ersten Zeit nach der Vereinigung das gesamtdeutsche Militär noch weiter als auf die nur für die Bundeswehr für 1995 vorgesehene Größe von 420.000 Mann reduziert werden.³⁸ Nach Presseinformationen existierten im AA außerdem Vorstellungen für eine "europäische Friedenstruppe" nach UN-Vorbild unter Aufsicht eines ständigen KSZE-Rates, die Außenminister Genscher jedoch nicht öffentlich äußerte.³⁹ Ein Teilnehmer an den Hauptphasen der Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit interpretiert die Politik Genschers so, daß dieser "mit dem wachsenden Zerfall" der WVO und "zunehmender sowjetischer Konzessionsbereitschaft" den vor allem von den USA abgelehnten Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen nicht weiter "durchzustehen brauchte".⁴⁰

Die Urheberschaft für die Verabredung über den Modus, wie die strittigen sicherheitspolitischen Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung weiter verhandelt werden sollten, ist nicht eindeutig zu klären. Die Suche nach einem Modus wurde möglich, weil die sowjetische Regierung unter Staatspräsident Gorbatschow bei einem Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Modrow Anfang Februar nun tatsächlich - anders als bei einem Treffen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Moskau im Dezember 1989 - ihr Einverständnis zur staatlichen Vereinigung Deutschlands gegeben hatte.⁴¹ Bundeskanzler Kohl zitierte in einer Rede vor dem Bundestag diesmal die von TASS herausgegebene Erklärung, "daß es jetzt zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden."⁴² Vor und während der "Open-Skies-Konferenz" in Ottawa Mitte Februar überzeugte Außenminister Genscher im Verbund mit US-Außenminister Baker seine Kollegen von den vier Siegermächten endgültig, daß die staatliche Vereinigung nur noch eine Frage der Zeit sein würde und deshalb die Verantwortung der Siegermächte für "Deutschlands als Ganzes" beendet werden müßte. In der Darstellung von Bundeskanzler Kohl zeichnete sich "der folgende Weg ab: Nach den Wahlen am 18. März werden die Bundesregierung und eine demokratisch legitimierte Regierung der DDR über den Weg der Deutschen zu ihrer Einheit sprechen. Wir Deutschen werden uns dann mit den Amerikanern, den Briten, den Franzosen und den Sowjets über die äußeren Aspekte der Schaffung der deutschen Einheit einschließlich Sicherheitsfragen der Nachbarstaaten verständigen."⁴³ Diese Regelung wurde von der Bundesregierung unter anderem bevorzugt, weil damit andere Vorstellungen über die Beteiligung aller europäischer Staaten z.B. im Rahmen der KSZE zur Lösung der "deutschen Frage" verhindert werden konnten. Die KSZE sollte nurmehr auf einer Sonderkonferenz im November des Jahres - anstelle des erst für 1992 geplanten

37 Bulletin der Bundesregierung, Nr. 25, 15.2.1990, S. 197f.

38 Der Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S. 18f.

39 Vgl. Der Spiegel, Nr. 7 v. 12.2.1990, S. 23.

40 Albrecht (s. Anm. 31), S. 195.

41 Vgl. Frankfurter Rundschau 1.2.1990, S. 1f.

42 Bulletin der Bundesregierung, Nr. 26, 16.2.1990, S. 201.

43 Ebd., S. 203.

Gipfeltreffens - die Ergebnisse der Gespräche absegnen.⁴⁴ Auch die Beteiligung Polens an den Verhandlungen wurde von bundesdeutscher Seite abgelehnt.⁴⁵

In den fortan "2+4-Gespräche" genannten Zusammenkünften der Außenminister der sechs beteiligten Staaten vertrat die bundesdeutsche Seite keine neuen oder anderen Positionen mehr als die bis dahin in der NATO festgelegten und ebenfalls weiterhin gegenüber der UdSSR beharrlich vertretenen. Denn die "2+4-Gespräche" waren "in Wahrheit deutsch-russische Verhandlungen, mit Amerikanern und Westeuropa auf der deutschen Seite".⁴⁶

Die Bundesregierung betonte auch im Verlauf der "2+4-Gespräche" mehrfach, daß dort nur die Modalitäten für die Ablösung der alliierten Rechte besprochen, nicht aber konkret und rechtlich verbindlich festgelegt werden sollten. Mit dem Argument, Deutschland dürfe nicht singularisiert werden und müsse mit dem Tag der Vereinigung die volle Souveränität wiedererlangen, wehrte sie sich gegen jede "Sonderregelung" v.a. in der Frage der gesamtdeutschen Truppenstärke. Sie lehnte nicht nur die von der UdSSR beim zweiten Treffen in Ost-Berlin vorgeschlagenen Bundeswehrumfang von maximal 250.000 Soldaten (das sollte prinzipiell erst in der zweiten VKSE-Runde verhandelt und festgelegt werden) und eine mindestens fünfjährige Fortdauer der alliierten Rechte ab.⁴⁷ Auch bei den Modalitäten zur verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze, die beim dritten "2+4-Treffen" in Paris Mitte Juli im Mittelpunkt standen, setzte sich die BRD mit ihrer Position durch. Ein von der polnischen Seite gefordertes Junktim zwischen voller deutscher Souveränität und der endgültigen Grenzankennung lehnte die Bundesregierung ab. Stattdessen verpflichteten sich beide deutsche Staaten, durch Grundgesetzänderungen das Gebiet Deutschlands zu definieren, Wiedervereinigungsklauseln zu streichen und die Grenze zu Polen in einem bilateralen Vertrag festzulegen - dies alles aber erst nach der staatlichen Vereinigung, weil - so die andauernde "Rechtsposition" der CDU/CSU in dieser Frage - nur ein gesamtdeutscher Souverän eine völkerrechtlich verbindliche Regelung treffen könne.⁴⁸

Neben den "2+4-Gesprächen" gab es etliche bilaterale Kontakte zwischen der BRD und der UdSSR, bei denen über finanzielle und wirtschaftliche Hilfen bzw. Zusammenarbeit verhandelt wurden. Von bundesdeutscher Seite wurde eindeutig eine Verbindung gezogen zwischen ihrer Bereitschaft, eine Bürgschaft für einen Kredit in Höhe von fünf Milliarden D-Mark an die UdSSR zu übernehmen, und einem Einlenken der sowjetischen Seite bei den "2+4-Gesprächen". Bundeskanzler Kohl schrieb in einem Brief an seine EG-Kollegen, in dem er sie gleichfalls zur Unterstützung der UdSSR aufrief: "In diesem Zusammenhang möchte ich die Sowjetunion drängen, ihrerseits eine konstruktive Haltung zu den auf dem Weg zur deutschen Vereinigung aufkommenden Fragen einzunehmen - und das betrifft insbesondere die Verankerung eines zukünftigen Deutschlands in der NATO und in der EG."⁴⁹ Nachdem die Bundesregierung die Bürgschaft pünktlich vor dem Ost-Berliner Treffen beschlossen hatte⁵⁰, teilte Bundeskanzler Kohl auf dem wenige Tage darauf folgenden EG-Gipfel in Dublin mit, er erwarte nun ein Einlenken der Sowjetunion in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands.⁵¹

Die Vereinbarungen zwischen der bundesdeutschen und der sowjetischen Regierung, die bei einem Treffen in Moskau Mitte Juli getroffen wurden, waren bis unmittelbar vor dem Treffen von

⁴⁴ Vgl. Der Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S. 18. Vgl. zu Vorstellungen und Forderungen u.a. des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow und der britischen Premierministerin Thatcher, alle KSZE-Staaten müßten zustimmen z.B. Frankfurter Rundschau 12.2.1990, S. 1; Der Spiegel, Nr. 51, 1989, S. 23ff.

⁴⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.1990.

⁴⁶ Stürmer (s. Anm. 1), S. 24.

⁴⁷ Süddeutsche Zeitung 23./24.6.1990.

⁴⁸ Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.7.1990.

⁴⁹ Zit. nach Der Spiegel, Nr. 27, 2.7.1990, S. 18.

⁵⁰ Süddeutsche Zeitung 23./24.6.1990.

⁵¹ Der Tagesspiegel 26.6.1990.

westlicher Seite nicht erwartet worden.⁵² Sie bedeuteten den Durchbruch bei der Regelung der "äußeren Aspekte" der deutschen Vereinigung. Die Zugeständnisse auf sicherheitspolitischem Gebiet, die von den Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher gemacht wurden, können als das Minimum dessen gelten, was für die Führung der UdSSR als "zur Gesichtswahrung" gegenüber den konservativen Kräften in der Sowjetunion noch akzeptabel gelten konnte. Demgegenüber gestand die sowjetische Seite mehr zu, als man erwartet hatte.⁵³ Bereits in der deutsch-sowjetischen Vereinbarung wurde festgelegt, daß Deutschland zum Zeitpunkt seiner Vereinigung nicht nur "seine volle und uneingeschränkte Souveränität" erhält, sondern dann auch "frei und selbst entscheiden kann, ob und welchem Bündnis es angehören will". Über den Abzug der sowjetischen Truppen in der DDR, der "innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll", wurde ein eigener Vertrag abgeschlossen. Solange sowjetische Truppen in der DDR sind, "werden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil Deutschlands ausgedehnt. (...) Nicht integrierte Verbände der Bundeswehr ... können sofort nach der Einigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden." Die Bundesregierung "erklärt sich bereit, noch in den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung abzugeben, die Streitkräfte eines geeinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann zu reduzieren." Mit der Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten Wiener Abkommens begonnen werden. Außerdem wird von der Bundesregierung zugesichert, "auf die Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen" zu verzichten und Mitglied des Nicht-Weitergabe-Vertrages zu bleiben.⁵⁴

Das einzige einseitige Zugeständnis der Bundesregierung in dieser Vereinbarung ist die Reduzierung der Bundeswehr.⁵⁵ Dieses Zugeständnis der bundesdeutschen Seite erscheint bei genauerem Hinsehen als nicht so weitreichend, wie es von der Bundesregierung in der Folgezeit meist dargestellt wurde. Denn eine Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr war bereits Ende 1989 v.a. durch die geburtschwachen Jahrgänge und gleichzeitig begrenzte Finanzspielräume unvermeidlich geworden. Selbst der beschlossene reduzierte Umfang von 420.000 Soldaten wäre nur mit der lange umstrittenen Verlängerung der Wehrdienstzeit und personalpolitischen Mehrausgaben zu erreichen gewesen, deren Finanzierung noch nicht gesichert war. Verteidigungsminister Stoltenberg kündigte in einer Regierungserklärung - allerdings erst nach entsprechenden Interventionen der FDP - an, daß je nach Verlauf der Wiener VKSE-Verhandlungen und der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses entschieden werden muß, in welchem Umfang eine weitere Reduzierung möglich ist.⁵⁶ Diese unvermeidlichen Tendenzen und der wachsende Legitimationsverlust der Bundeswehr (und eine entspannungspolitisch freundlichere Haltung) ließen die FDP in ihrem Wahlprogramm wenig später sogar eine Verringerung der Präsenzstärke der Bundeswehr auf 350.000 Soldaten fordern.⁵⁷ Die SPD sprach sich für eine Größe zwischen 320.000 und 350.000 in den nächsten Jahren aus und hielt bis Ende der 90er Jahre einen Umfang von ca.

⁵² Bei den letzten Beamtenrunden in der ersten Juliwoche gab es insgesamt 20 Dissenspunkte; vgl. Albrecht (s. Anm. 31), S. 89ff. Vgl. auch den Beitrag von Sergej A. Karaganow, Mit dem Rücken zur Wand, Gorbatschow braucht einen Kompromiß in der NATO-Frage, in: Die Zeit, Nr. 29, 13.7.1990, S. 33, in dem er noch die Forderung nach Doppelmitgliedschaft stellt.

⁵³ Zum Positionswandel der UdSSR s.u.

⁵⁴ Auffällig ist, das es keine gemeinsame Erklärung oder ein anderes Schriftstück gab, in dem die Übereinstimmung schriftlich festgehalten wird. Inhaltlich gibt die hier zitierte Erklärung von Bundeskanzler Kohl aber - wie aus einer Mitteilung der sowjetischen Regierung an die Mitgliedstaaten der WVO zu entnehmen ist - die einvernehmlichen Punkte wieder. Kohls Erklärung findet sich im Wortlaut in Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.7.1990, S. 2.

⁵⁵ Eine Kündigung der bundesdeutschen Mitgliedschaft im Nichtweiterverbreitungsvertrag wurde von keinem relevanten Akteur in den vergangenen Monaten gefordert; die Form der Ankündigung der Personalreduzierung noch bei den laufenden Verhandlungen stellte einen Kompromiß zwischen beiden Parteien dar; die Übergangsregelungen für das Gebiet der DDR bestanden als einziges westliches Angebot schon länger.

⁵⁶ Bulletin der Bundesregierung, Nr. 140, 8.12.1989, S. 1192; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, die tageszeitung 5.12.1989.

⁵⁷ Frankfurter Rundschau 16.1.1990. Dort auch die weiteren sicherheitspolitischen "Eckwerte": Verzicht auf den "Jäger 90" und die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen, Verkürzung des Grundwehrdienstes auf zwölf und des Zivildienstes auf 15 Monate. Vgl. zu entsprechenden Forderungen von FDP-Politikern auch Süddeutsche Zeitung 9.12.1989 und 8.1.1990; Der Spiegel, Nr. 49, 1989, S. 96; Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.11.1989 und 4.1.1990.

240.000 für erstrebenswert und erreichbar.⁵⁸ Heeresinspekteur Henning von Ondarza hielt schon Mitte letzten Jahres eine Halbierung des 340.000-Mann-Heeres für möglich: "Lieber kleiner, aber feiner und professioneller."⁵⁹

Die Gegenleistungen der BRD finden sich denn auch eher auf wirtschaftlichem Gebiet. Neben dem zuvor schon ermöglichten Fünf-Milliarden-Kredit sagte die Bundesregierung technische Hilfe zur sowjetischen Wirtschaftsreform, eine Steigerung der Gas- und Ölimporte eine großzügige Regelung der Stationierungskosten für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR sowie Beihilfen zu ihrem Abzug und nicht zuletzt einen Vertrag über umfassende Zusammenarbeit zu.⁶⁰

Nach dem Treffen der Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR war der Weg frei, die Vereinbarungen im Rahmen der letzten "2+4"-Gespräche formal festzuschreiben. Der Mitte September von den sechs Außenministern in Moskau unterzeichnete "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" enthält nur wenige über die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen hinausgehenden Regelungen. Sie bestehen u.a. in einer genauen Definition dessen, was vereinigt werden soll, und der Verpflichtung, die dafür notwendigen Grundgesetzänderungen vorzunehmen. Der Vertrag wird in Kraft treten, wenn die letzte Ratifizierungsurkunde bei der Regierung des vereinigten Deutschlands hinterlegt worden sein wird.⁶¹ Einen Tag später wurde ebenfalls der deutsch-sowjetische Vertrag über "Gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" paraphiert. Dieser Vertrag enthält neben mehreren Kooperationsvereinbarungen etc. auch einen sicherheitspolitisch relevanten Artikel, von dem wiederum nicht klar ist, ob oder inwieweit die Bundesregierung die Verbündeten darüber unterrichtet hatte. Denn die Formulierung, daß im Falle eines Angriffs auf eine der beiden Seiten "die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten" wird, könnte - trotz der ebenfalls enthaltenen Klausel, daß keine bestehenden Verträge berührt werden - in Konflikt mit den bundesdeutschen NATO-Verpflichtungen geraten.⁶² Der Vertrag wurde bei einem Besuch von Staatspräsident Gorbatschow Anfang November in der BRD von ihm und Bundeskanzler Kohl unterzeichnet.

In der Politikgestaltung der BRD war die weitgehende Ablehnung bzw. Mißachtung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen nicht nur der reformierten SED-Regierung unter Ministerpräsident Modrow, sondern auch der demokratisch gewählten DDR-Regierung und Ministerpräsident de Maizière zu beobachten, die beide nicht nur eigene Akzente zu setzen versuchten und diese auch noch von den Positionen der BRD oft abwichen.⁶³ Insofern bestätigte sich, daß "regelkreishaft weniger mächtige Gemeinwesen - obwohl ihre Stimme nach internationalem

⁵⁸ Das Parlament, Nr. 52/53, 22./29.12.1989, S. 6; Süddeutsche Zeitung 8.1.1990.

⁵⁹ Der Spiegel, Nr. 32 v. 7.8.1989, S. 25f. Die NVA hatte zum Zeitpunkt der deutsch-sowjetischen Vereinbarung nur noch einen Umfang von weniger als 100.000 Mann - anstelle der in vielen Vergleichen auch später noch genannten 170.000.

⁶⁰ Bundesfinanzminister Waigel betonte aber, es gebe "keine Rechnung, die präsentiert wird". Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.7.1990; Der Spiegel, Nr. 30, 1990, S. 16ff. Die Kosten im Zusammenhang mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte werden mit ca. 13 Milliarden DM veranschlagt.

⁶¹ Vgl. Neues Deutschland (B-Ausg.) v. 13.9.1990, S. 1f. und S. 5 (Wortlaut); Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.9.1990, S. 1f. und S. 8; dort auch das Schreiben der beiden deutschen Außenminister an die vier Siegermächte über Enteignungen, Denkmal- und Kriegsgräberschutz u.a. sowie die Erklärung der Vier Mächte über die Aussetzung ihrer Vorbehaltsrechte.

Unklar ist bislang, wie ernst die Drohung des britischen Außenministers Hurd war, den Vertrag nicht zu unterschreiben, wenn keine NATO-Manöver auf dem Gebiet der DDR erlaubt werden; vgl. Der Spiegel, Nr. 38 v. 17.9.1990, S. 18-21.

⁶² Wortlaut des Vertrags in Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.9.1990, S. 7; vgl. auch Der Spiegel, Nr. 38 v. 17.9.1990, S. 18-21.

⁶³ Diese Konstellation bezog sich jedoch nicht nur auf die außenpolitischen Dimensionen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch in allen anderen Politikbereichen wurden die maßgeblichen Entscheidungen in Bonn getroffen und in Ost-Berlin bestenfalls umgesetzt. Das Bemühen um den Erhalt positiver Errungenschaften der DDR scheiterte fast immer an der absoluten Ausrichtung auf die Vereinigung mit der BRD, die daraus folgende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und dem frühzeitigen Verlust der finanz- und wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit. Die Haltung und das Verhalten der bundesdeutschen Regierung (und Parteien) wurde nicht nur von linker Seite häufiger als Diktat bezeichnet.

Komment genausoviel wiegt, wie jede andere - abgedrängt (werden) in mindere Sphären der Relevanz ihrer Äußerungen, wenn sie Auffassungen von mächtigerer Warte trotzen. Im Glanze allgemeiner Zustimmung sonnen können sie sich und am Genuß der Ausübung von Macht teilhaben, wenn ihre Politik mit der der 'topdogs' konform geht."⁶⁴

Zwischen der personell erneuerten SED/PDS-Regierung und der demokratisch gewählten DDR-Regierung fällt im außen- und sicherheitspolitischen Bereich vor allem die Gemeinsamkeit auf, sich nachhaltig für die Berücksichtigung der Interessen der europäischen Nachbarstaaten und insbesondere der UdSSR und deren Einbeziehung in ein neu zu schaffendes gesamteuropäisches Sicherheitssystem einzusetzen. Hauptsächlich von diesem Gedanken getragen war das "Sicherheitsmodell 2000" des PDS-Vorsitzenden Gysi, das u.a. auch Vorschläge zur Halbierung der deutschen Streitkräfte und der Reduzierung des Wehrdienstes auf zwölf Monate beinhaltete.⁶⁵ Auch das Konzept von Ministerpräsident Modrow zu einer schrittweisen Vereinigung der beiden Staaten von einer "Vertragsgemeinschaft" bis zu einem Deutschen Bund sah die Entmilitarisierung und militärische Neutralität Deutschlands vor.⁶⁶

Der Entmilitarisierungsvorschlag entsprach einer - nimmt man die Zusammensetzung und Empfehlungen des Runden Tisches als Maßstab - verbreiteten Meinung in der DDR-Bevölkerung, da beide Legitimationen für den Erhalt eines eigenen Militärapparates mit der Revolution in der DDR ihre Grundlage verloren hatten. Der äußere Feind war keiner mehr, und die NVA war auch als zentrales Symbol und Stütze des SED-Staates durch die Auflösung dieses Staates nicht mehr notwendig. Beide Ablehnungsgründe spiegelten sich z.B. in Desertionen in nicht genau bekannter Größenordnung⁶⁷ und in der Ablehnung der Reform- und Zusammenlegungspläne der NVA mit der Bundeswehr (zu einer 200.000 Mann starken Berufsmarine) durch den Runden Tisch wieder.⁶⁸ Die Angaben über die real noch vorhandene Zahl der Soldaten schwankten in dieser Zeit sehr stark. Nach einhelliger Meinung westlicher Beobachter hatte die NVA aber Ende Februar ihre "Militärtauglichkeit" eingebüßt, weil mehr als 80.000 Mann die Kasernen verlassen haben sollten.⁶⁹ Verteidigungsminister Eppelmann gab Mitte des Jahres in einem Interview an, die "Ist-Stärke" betrage 98.000 Soldaten⁷⁰, Anfang Oktober waren es nur noch 89.000.⁷¹

In der Koalitionsvereinbarung der neuen DDR-Regierung wurde Anfang April ein Kompromiß festgeschrieben, der zwar im zentralen Punkt die bundesdeutsche Position festschrieb, aber gleichzeitig Bedingungen für eine Mitgliedschaft in einer "sich in ihren militärischen Funktionen verändernden NATO" formulierte. Die NATO müsse die Vorverteidigung, den atomaren Ersteinsatz und die flexible response aufgeben. Außerdem sollte die Mitgliedschaft explizit nur eine "Übergangslösung" bis zu Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems sein. Außerdem sollten während einer Übergangszeit sowohl sowjetische als auch deutsche Streitkräfte, welche aber weder der NATO noch der Bundeswehr unterstellt sein sollten, auf dem Gebiet der DDR stationiert werden.⁷²

Der Dissens zwischen den beiden deutschen Regierungen in der Frage des Charakters der Bündniszugehörigkeit zeigte sich u.a. bei den ersten offiziellen Treffen der beiden deutschen Verteidigungsminister.

⁶⁴ Albrecht 1986 (siehe Anm. 2), S. 128. Vgl. auch die Bilanzierung von Christian Wernicke, Ein Regieren zum Ende hin, in: Die Zeit, Nr. 31, 27.7.1990, S. 3, die letzte eigenständige DDR-Außenpolitik sei "mißlungen - mangels Geschick, vor allem aber mangels Macht".

⁶⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.1.1990, S. 1; Frankfurter Rundschau 9.1.1990, S. 4; dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2, 1990, S. 237ff.

⁶⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau 2.2.1990, S. 1f.; Wortlaut ebd., S. 2; vgl. auch zu entsprechenden Aussagen des späteren Abrüstungs- und Verteidigungsministers Eppelmann Süddeutsche Zeitung 20.2.1990.

⁶⁷ Vgl. die Angaben von Verteidigungsminister Hoffmann Frankfurter Rundschau 10.1.1990 + 5.3.1990.

⁶⁸ Vgl. H. Hagena, Reform für die NVA, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 3, 1990, S. 172ff.; die tageszeitung 28.2.1990.

⁶⁹ Frankfurter Rundschau + Süddeutsche Zeitung 1.3.1990.

⁷⁰ Der Spiegel, Nr. 30, 23.7.1990, S. 37; Frankfurter Rundschau 6.7.1990, S. 2.

⁷¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.11.1990, S. 3.

⁷² Frankfurter Rundschau 10.4.1990, S. 1, 27.4.1990, S. 2; die tageszeitung 14.4.1990.

gungsminister. Während Stoltenberg bei ihrer zweiten Begegnung meinte, Gorbatschows Vorschlag einer politischen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nach dem französischen Vorbild könne "nicht die angestrebte Lösung sein", begrüßte Eppelmann diese Variante.⁷³ Außenminister Meckel zeigte sich dem Gedanken einer Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Militärbündnissen nicht abgeneigt und bewertete die sowjetischen Vorschläge auf dem zweiten "2+4"-Treffen in Ost-Berlin (Juni) im Gegensatz zu Genscher positiv. Auch die DDR sei für eine Reduzierung der deutschen Truppen auf etwa 300.000 Mann. Eine Übergangsperiode auf dem Weg zur vollen Souveränität sei "erträglich, wenn klar ist, wie lange sie dauert und wodurch sie abgelöst wird".⁷⁴ Meckel und Eppelmann brachten außerdem den Vorschlag einer Polen, Deutschland und die CSFR umfassenden Sicherheitszone und deren Auflösung in einer auf der KSZE beruhenden gesamteuropäischen Struktur ins Gespräch.⁷⁵ Solche Art von konzeptionellen Überlegungen, die den Charakter von "Übergangsstücken" zu einer europäischen Friedensordnung haben sollten, schienen der neuen Führung im DDR-Außenministerium wichtig, weil sie in der "europäischen Politik, auch und gerade in Bonn" fehlten.⁷⁶

Die zweite Position, die besonders deutlich von der Linie der Bundesregierung abwich, war die Forderung nach dem Erhalt einer eigenständigen DDR-Armee durch das Außen- und Verteidigungsministerium.⁷⁷ So sprach sich der spätere Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann bereits im Februar für den Weiterbestand der NVA aus.⁷⁸ Später argumentierte er, die Berücksichtigung der "legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion" bedeute, daß es keine Bundeswehr in der DDR geben dürfe. Aber auch in Zukunft habe die NVA die Aufgabe, die Bevölkerung vor Angriffen von außen zu schützen.⁷⁹ Sein Abrüstungsstaatssekretär Marczinek ergänzte, es dürfe kein "militärisches Vakuum" in der DDR entstehen.⁸⁰ Der Minister ging soweit, als Termin für die staatliche Vereinigung den 1.9.1992 und eine bis dahin neutrale Armee für die DDR vorzuschlagen - zu einem Zeitpunkt, zu dem die erste Bundestagswahl für Dezember diesen Jahres in Aussicht gestellt wurde.⁸¹

Auch diese Forderung wurde in Folge der bundesdeutsch-sowjetischen Absprachen Mitte Juli durch die Zugeständnisse der UdSSR gegenstandslos, obwohl Außenminister Meckel auch danach noch für eine eigenständige Organisationsform für die NVA und "eine von der Bundeswehr unabhängige Wehrverfassung" für die DDR bestand. Anstatt das bisherige DDR-Territorium an die NATO anzugliedern, sollten "Anschlußstücke für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem" geschaffen werden.⁸² Jedoch mußte man zu dem "Schluß gelangen, daß Bonn zumindest seit dem Kaukasus-Treffen ... im Vorgriff gesamtdeutsche Außenpolitik betrieb und die DDR einfach beiseite schob. (...) Ähnlich wie bei der inneren Einigung ist auch bei der Regelung der äußeren Aspekte der Einigung eher von einem 'Anschluß' der leichtgewichtigen DDR an die große Bun-

⁷³ Frankfurter Allgemeine Zeitung + Frankfurter Rundschau 29.5.1990. Bei ihrem ersten Treffen hatten sie in einer gemeinsamen Erklärung für eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands ohne Ausweitung der militärischen Einrichtungen und Strukturen auf das Gebiet der DDR plädiert. Vgl. Die Bundeswehr, Nr. 6, 1990, S. 18f.

⁷⁴ die tageszeitung 19.5.1990; Süddeutsche Zeitung 23./24.6.1990.

⁷⁵ Vgl. auch Egon Bahr, Sicherheit durch Annäherung, Eine europäische Sicherheitsgemeinschaft in Zentraleuropa, in: Die Zeit, Nr. 27, 29.6.1990, S. 6, der als Berater im DDR-Verteidigungsministerium tätig war.

⁷⁶ Albrecht (s. Anm. 31), S. 67.

⁷⁷ Berliner Zeitung (DDR) 18.7.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.7.1990.

⁷⁸ Süddeutsche Zeitung 20.2.1990.

⁷⁹ Er befürworte zwar eine Reduzierung der Streitkräfte "auf Null", allerdings sei dies nur im Rahmen einer Weltfriedensordnung möglich. Vgl. Frankfurter Rundschau 17.4.1990, Süddeutsche Zeitung 19.4.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.4.1990.

⁸⁰ Süddeutsche Zeitung 17.5.1990

⁸¹ Die Zeit, Nr. 27, 29.6.1990, S. 3f.; die tageszeitung 2.5.1990 + 11.6.1990; Frankfurter Rundschau 22.6.1990. Der Pazifist und Verteidigungsminister plante außerdem, das liberalste Zivildienstrecht Europas an die westdeutsche Praxis angleichen, weil das geltende Recht die "personelle Auffüllung" der NVA gefährde; vgl. Der Tagesspiegel 26.6.1990.

⁸² Vgl. Süddeutsche Zeitung 20.7.1990; Süddeutsche Zeitung 23.7.1990.

desrepublik zu sprechen ... Selbst bescheidene Abweichungen vom Normalmaß der Bundesrepublik erwiesen sich als nicht durchsetzbar."⁸³

Die Vorstellungen über einen Erhalt der NVA wurden ebenfalls mehrfach von bundesdeutscher Seite abgelehnt. Verteidigungsminister Stoltenberg meinte bei der 31. Kommandeurstagung der Bundeswehr, es müsse nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einer deutschen Armee kommen. Den Verbänden der NVA verblieben in neustrukturierter Form Aufgaben des Territorialschutzes und des militärischen Objektschutzes. Eppelmann werde sich, so die Meinung auf der Tagung, mit seinem Konzept zweier getrennter Armeen nicht durchsetzen können.⁸⁴ Kanzlerberater Teltschik war sich ebenfalls sicher, daß es "selbstverständlich nur noch eine gesamtdeutsche Bundeswehr" geben werde.⁸⁵ Auch der Wehrexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Florian Gerster, wollte keine "Bestandsgarantie" für die NVA. Er sei beunruhigt, daß "immer mehr Soldaten, Politiker und Bürger dieses hochkarätige Symbol ostdeutscher Staatlichkeit und Machtpolitik nicht nur kurzfristig erhalten wollen".⁸⁶ Ein Heeresgenral wird mit der Aussage zitiert, die Bundeswehr ließe ihre "Uniformen doch nicht von diesen Leuten beschmutzen".⁸⁷ Die Gründe für die dann doch erfolgte Übernahme eines Teils der NVA sind darin zu sehen, daß das "Vakuum" auf DDR-Gebiet nicht von heute auf morgen von Bundeswehrverbänden aus den alten Bundesländern gefüllt werden konnte, diese nicht über das notwendige Know-how über den Militär- und Rüstungsapparat der DDR verfügen und auch nicht in der Lage gewesen wären, die Kommunikation mit den sowjetischen Streitkräften aufrecht zu erhalten. Außerdem stellen die ehemaligen NVA-Soldaten mit "ihren spezifischen Kenntnissen und ihren Verbindungen zu den Armeen Osteuropas ein wertvolles Zukunftspotential dar".⁸⁸ Von den mit der UdSSR als Höchstgrenze vereinbarten 370.000 Soldaten sollen ca. 50.000 aus der DDR stammen, wobei es sich hier weit überwiegend um Wehrpflichtige handeln soll. Hohe Offiziere sollen gar nicht, andere nur nach einem Prüfungsverfahren, das an der Praxis in den Personalgutachterausschüßen beim Aufbau der Bundeswehr angelehnt sein soll, und mit einer wesentlich geringeren Besoldung in den Dienst der Bundeswehr übernommen werden.⁸⁹

3.2. USA und Westeuropa

Die Politik der westlichen Staaten in bezug auf die Veränderungen in Deutschland und Osteuropa war zunächst reaktiv und von zwei Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen wurde gegenüber der immer noch 'realsozialistischen' UdSSR trotz einiger deklaratorischer Zugeständnisse die alte Politik des möglichst weitgehenden Zurückdrängens des Kommunismus weiter betrieben. Die Rede ist hier vom "totalen Sieg im ... Kalten Krieg".⁹⁰ Die von der Bonner Regierung und der Mehrheit der DDR-Bevölkerung forcierte Neuauflage der "deutschen Frage" ließ zum zweiten alte Befürchtungen insbesondere bei den westeuropäischen Nachbarn vor einem übermächtigen Deutschland wieder aufleben. Die Auflösung der Nachkriegsordnung Europas führte zu wieder verstärkten Forderungen, die westeuropäische Integration insgesamt zu vertiefen und außerdem

⁸³ Albrecht (s. Anm. 31), S. 183f. Meckel meinte, daß die DDR infolge des deutsch-deutschen Vereinigungstempos und wachsender Spannungen in der DDR-Regierung bereits ab Ende Juni keinen außenpolitischen Spielraum mehr hatte; vgl. ebd., S. 48ff.

⁸⁴ die tageszeitung 13. + 14.6.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.6.1990 + 18.6.1990.

⁸⁵ Süddeutsche Zeitung 27.7.1990.

⁸⁶ Süddeutsche Zeitung 9.6.1990

⁸⁷ Der Spiegel, Nr. 41, 8.10.1990, S. 32-35.

⁸⁸ Georg-Maria Meyer, Vom "Feind" zum Kameraden, Schwierigkeiten im Umgang mit dem Gegner von gestern, in: Informationen für die Truppe, Nr. 1, 1991, S. 12-15, hier S. 15.

⁸⁹ Vgl. die Ankündigungen zur NVA-Übernahme durch Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.8.1990, S. 1f.; Christoph Bertram, Mit heißen Herzen und kühlen Köpfen, in: Die Zeit, Nr. 41, 5.10.1990, S. 6, sowie das Interview mit Generalinspekteur Wellershoff (ebd., S. 7); Der Spiegel, Nr. 41, 8.10.1990, S. 32-35, und das Interview mit dem neuen Oberbefehlshaber-Ost General J. Schönbohm (ebd., S. 35-37).

eine gemeinsame Sicherheitspolitik aufzubauen, wobei es das Interesse v.a. der westeuropäischen Staaten ist, damit die BRD erneut zuverlässig einzubinden.⁹¹

Bei den ersten Gipfeltreffen der westlichen Staaten nach der Maueröffnung und dem 10-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls versuchten die Verbündeten der BRD noch, durch die Formulierung von Bedingungen die Vereinigung zu verhindern oder zumindest zu verzögern, weil damit ihren Sicherheitsinteressen, die v.a. angesichts der Dynamik des deutschen Vereinigungsprozesses und des Fehlens anderer Konzepte für die Neuordnung auf "Stabilität" im Sinne von Erhalt der bestehenden Grenzen und Bündnisse gerichtet waren⁹², am ehesten Genüge getan wurde. US-Präsident Bush formulierte vier Bedingungen für den Fall, daß die BRD auf ihrer bundesstaatlichen Lösung der "deutschen Frage" beharre: Die BRD bleibt Mitglied der NATO, der Prozeß der deutsch-deutschen Annäherung muß friedlich verlaufen, die Lage in Europa darf nicht destabilisiert werden und die Bundesregierung muß davon ausgehen, daß der Zeitpunkt für eine Vereinigung noch nicht gekommen ist.⁹³ Die NATO-Außenminister wiederholten auf ihrer Herbsttagung in Brüssel die nur etwas versöhnlicheren Formulierungen des Straßburger EG-Gipfels. Dort wurde als Ziel genannt, "die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Der Prozeß der Wiedervereinigung müsse sich aber "auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge, auf der Grundlage sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Kooperation vollziehen und in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein".⁹⁴ Bundeskanzler Kohl kommentierte zutreffend, "die NATO-Partner haben sich bisher zurückhaltend gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung geäußert".⁹⁵

Begleitet wurden diese Verzögerungsversuche von Schritten, die von der SED (später PDS) ausgetauschte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Modrow durch Besuche und Kontakte aufzuwerten und mit der frühen Zustimmung aller Westmächte zu einer Konföderation die Zweistaatlichkeit Deutschlands zu festigen. Bush und Mitterand reisten im Dezember nach Ost-Berlin, Mitterand versuchte zusätzlich in Polen und vor allem in der UdSSR alte Einbindungsmuster der französischen Politik gegenüber Deutschland zu reaktivieren.⁹⁶ Von französischer Seite wurde zumindest bis Ende Dezember gehofft, daß die Sowjetunion die Vereinigung verhindern werde.⁹⁷ Die Westmächte waren aber letztlich "nicht weiter willens oder fähig ..., dem durch den politischen und wirtschaftlichen Bankrott des SED-Regimes verursachten und von der Bundesregierung geschickt geförderten Vereinigungsdruck" etwas entgegenzusetzen, noch konnten sie von der in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig wiederholten Unterstützung für eine deutsche "Wiedervereinigung" abrücken.⁹⁸

90 Sir Michael Howard, Militärische Grammatik und politische Logik: Kann die NATO überleben, wenn der Kalte Krieg gewonnen ist?, in: NATO-Brief, Nr. 6 (Dezember), 1989, S. 9-14, hier S. 10.

91 Vgl. auch Schoch (s. Anm. 18).

92 Vgl. auch Der Spiegel, Nr. 47, 20.11.1989, S. 164-167.

93 die tageszeitung 5.12.1989, S. 1.

94 Der Spiegel, Nr. 51, 1989, 18.12.1989, S. 17; die tageszeitung + Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.12.1989; Süddeutsche Zeitung 11.12.1989, S. 1.

95 die tageszeitung 5.12.1989.

96 Vgl. Harald Bauer, Frankreich trauert dem alten Europa nach, in: die tageszeitung 10.7.1990. Der ehemalige französische Außenminister Jean Francois-Poncet verweist in einem Interview darauf, "die Amerikaner" hätten "sich am Anfang genauso verhalten" wie die Franzosen; US-Außenminister Baker sei sogar "noch vor Mitterand in Ost-Berlin" gewesen; Der Spiegel, Nr. 30, 30.7.1990, S. 22f.

97 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.1990.

98 Volker Rittberger, Wie friedensverträglich ist ein geeintes Deutschland? Der internationale Status und die sicherheitspolitischen Einbindung als Teil der deutschen Frage, in: H.-G. Wehling (Hg.), (Wieder-) Vereinigung in Deutschland, Stuttgart usw. 1990, S. 111-130, hier S. 114. Und, so muß hinzugefügt werden, sie wurden von führenden bundesdeutschen Politikern nachdrücklich an ihre Verpflichtungen und die Geschäftsgrundlage des deutschen NATO-Beitritts erinnert, z.B. von Alfred Dregger; vgl. Frankfurter Rundschau 3.1.1990, S. 4.

Schon früh war angesichts des zunehmenden Legitimationsverlustes für die Militärblocke der Ruf nach einer Reform auch des westlichen Bündnisses zu hören, was anfangs mit der etwas nebulösen Formel von "neuen politischen Aufgaben" oder dem Wandel von einem militärischen zu einem "politischen Bündnis" beantwortet wurde. Von liberaler Seite wurde dafür als Begründung angeführt, die westliche Allianz sei (neben der EG) der wichtigste Garant für "Stabilität" in Europa - nicht nur im Hinblick auf die UdSSR als weiterhin existierender Militärmacht, sondern auch als die zuverlässigste Bindung der USA an den alten Kontinent. Darüberhinaus kann der Wunsch nach Stabilität aus der Sicht der westlichen Verbündeten dahingehend übersetzt werden, die Deutschen per Integration weiterhin zu kontrollieren.⁹⁹ "Das von einigen westeuropäischen Verbündeten mehr oder weniger offen bekundete Mißtrauen in die deutsche Wiedervereinigung hat deutlich werden lassen, von welcher Bedeutung die amerikanische Militärpräsenz in Europa ist: Sie dämpft historisch begründbares Unbehagen."¹⁰⁰ Von militärischer und konservativer Seite wurde von Beginn an betont, daß erstens die UdSSR schließlich eine militärische Großmacht bleibe (selbst wenn sie sich reformiert), der Verlauf der inneren Reformen einige Unwägbarkeiten mit sich brächte, die neugewonnenen Souveränität der kleineren WVO-Mitglieder zu neuen Konflikten führen werde und außerdem ganz neue Bedrohungen (im persischen Golf und anderen Teilen der Welt) entstanden sind, so daß die NATO als Militärbündnis weiterhin notwendig, ja "unverzichtbar" sei.¹⁰¹ Aus diesen Gründen setzte sich recht schnell die Ansicht durch, man brauche eigentlich keine große Reform, sondern vor allem die Weiterexistenz der NATO.

Die auf Drängen der Bundesregierung - insbesondere vor dem 28. Parteitag der KPdSU, auf dem über das weitere Schicksal des Reformkurses in der UdSSR entschieden wurde - bekundete Bereitschaft der NATO, das neue Zeitalter auch an sich heranzulassen und Charakter und Strategie gründlich zu reformieren, brachte bisher aber vor allem rhetorische Ergebnisse: Auflösung der NATO oder ihr Wandel zu einem rein politischen Bündnis sowie die Aufgabe der Abschreckungsdoktrin und des atomaren Ersteinsatzes stehen nicht ernsthaft zur Debatte. In der Substanz bringen auch die Beschlüsse des Londoner Gipfel-Treffens Mitte Juli so gut wie nichts Neues. Es wurde die Vorhersage von Präsident Bush bestätigt, daß es "keine dramatischen Vorschläge" geben werde, sondern nur "Verfeinerungen, Weiterentwicklungen".¹⁰² In einer "neuen" Strategie sollen die Atomwaffen "wahrhaft zu Waffen des letzten Rückgriffs" gemacht werden. An die Adresse Osteuropas ging das Angebot, bei der Brüsseler NATO-Zentrale diplomatische Vertretungen einzurichten und mit Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zu beginnen. Der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow wurde zu einer Rede vor der NATO eingeladen.¹⁰³ Außerdem erklärten sich die westlichen Staats- und Regierungschefs bereit, der Einrichtung eines "kleinen KSZE-Sekretariats" und eines "Zentrums zur Konfliktverhütung" zuzustimmen - allerdings nicht, ohne noch einmal zu betonen, daß die KSZE nicht als Ersatz für die NATO in Frage komme (so Kohl und die Regierungschefs der drei Atommächte).¹⁰⁴

Bereits im Mai hatten die NATO-Verteidigungsminister bei ihrer Frühjahrstagung die folgenden Eckpunkte einer "neuen" Strategie festgelegt, die in den wesentlichen Punkten auch vom Gipfel

⁹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.2.1990.

¹⁰⁰ Karl Feldmayer, Die neue NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.11.1990, S. 1. Der Ruf nach dem Austritt Deutschlands aus der NATO oder deren Auflösung überschätze "das Vertrauen, das den Deutschen entgegengebracht wird"; Michael Stürmer, Unsichtbare Aufgaben, Wozu die NATO auch in der Zukunft gebraucht wird, Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.5.1990, S. 2.

¹⁰¹ Niels Hansen, Die NATO als politische Allianz: Der vielfältige Primat der Politik, in: NATO-Brief, Nr. 6 (Dezember), 1989, S. 15-20, hier S. 20. Vgl. auch Gerhard Stoltenberg, Sicherheit für das Haus der Freiheit, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 6, 1990, S. 321-324.

¹⁰² Der Spiegel, Nr. 28, 1990, S. 26.

¹⁰³ Ungarn und die UdSSR haben das Angebot umgehend begrüßt. Vgl. Süddeutsche Zeitung 19.7.1990.

¹⁰⁴ Vgl. die tageszeitung 7.7.1990; Text der "Londoner Erklärung" in Bulletin der Bundesregierung, Nr. 90, 10.7.1990; zu den Ergebnissen der westlichen Gipfeltreffen im Sommer vgl. auch Die Zeit, Nr. 29, 13.7.1990, S. 1; vgl. auch die zur

bestätigt wurden: weitere militärische Präsenz der USA in Europa mit konventionellen und atomaren Waffen (auf dem neuesten Stand), volle Mitgliedschaft Deutschlands, Beibehaltung der Abschreckungsdoktrin einschließlich der Option des atomaren Ersteinsatz, Aufbau hochmobiler und multinationaler Verbände. Einzig die integrierte Vorverteidigung an der (ehemaligen) deutsch-deutschen Grenze soll überprüft werden, weil die Front ja nicht mehr dort verlaufen wird. Atomwaffen sind notwendig, weil "nie eine Lage entstehen (darf), in der nicht mit nuklearer Vergeltung als Reaktion auf militärisches Vorgehen gerechnet werden müßte".¹⁰⁵ US-Präsident Bush hatte ebenfalls Anfang Mai den endgültigen Verzicht auf die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Lance-Raketen verkündet.¹⁰⁶ Sein Verteidigungsminister Cheney machte aber wenige Tage später deutlich, daß das nicht die Aufgabe der Flexible Response, sondern ihre Beibehaltung und Anpassung an die neuen politischen Bedingungen bedeute.¹⁰⁷ Als Ersatz für die bodengestützten Atomwaffen kurzer Reichweite, aber auch zur Kompensation der durch den INF-Vertrag "verlorengegangenen" Mittelstreckenraketen will sich die NATO zukünftig auf die Einführung luftgestützter nuklearer "Abstandswaffen" konzentrieren, d.h. mehr als 400 Kilometer weitreichende Atomraketen, die von Flugzeugen abgeschossen werden und die das Gebiet der UdSSR erreichen können.¹⁰⁸ Die vor dem NATO-Gipfel von US-Präsident Bush - u.a. auf Drängen der Bundesregierung - angekündigte Bereitschaft, alle Atomgranaten einseitig aus Europa abziehen, wurde von ihm wieder zurückgenommen. Der Abzug wird nun wieder an den Abschluß eines Abkommens und zusätzlich an den Rückzug aller sowjetischen Streitkräfte aus den osteuropäischen Staaten gebunden.¹⁰⁹

Die westlichen Staaten weigerten sich auch - anders als die BRD, die dementsprechende Wünsche der Sowjetunion auf den westlichen Gipfeltreffen einbrachte -, der Sowjetunion offenbar dringend benötigte Kredite in Höhe von 20 bis 30 Milliarden Dollar zu geben.¹¹⁰ Die zuvor zu erfüllenden Forderungen umfassen nicht nur die Einführung der Marktwirtschaft. Die USA wollen außerdem eine verbindliche Zusicherung über die Einstellung der sowjetischen Hilfe an Kuba und andere noch existierende 'realsozialistische' Staaten in der Dritten Welt sowie ein Ende der Sanktionen gegen Litauen.¹¹¹ Japan möchte vor einer finanziellen Hilfe die Kurilen-Inseln zurück bekommen.¹¹² Formal wurde auf den Gipfeltreffen in Dublin, Houston und London begrenzte Hilfsbereitschaft für den Wandel zur Marktwirtschaft signalisiert und die weitere Behandlung bis zur Fertigstellung einer Studie über die wirtschaftliche Situation der Sowjetunion vertagt.¹¹³ Die Ende Dezember gemeinsam von Weltbank, IWF, OECD und der EG-Kommission vorgelegte Studie der wichtigsten internationalen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzorganisationen stellt im Kern die "Aufforderung zur Schocktherapie" dar, weil gedrängt wird "auf rasche marktwirtschaftliche Reformen, die gleichzeitig die finanzielle Stabilität und die grundlegende Struktur-

Strategie kaum veränderten Feststellungen der gemeinsamen Herbsttagung von DPC und NPG das Kommuniqué in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 145, 14.12.1990, S. 1524-1526.

¹⁰⁵ Süddeutsche Zeitung 23.5.1990 und 25.5.1990.

¹⁰⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.5.1990; der bereits weitgehend entwickelte Atomsprengkopf soll nach Angaben des US-Energieministeriums auch für andere Waffensysteme verwendet werden. Vgl. Süddeutsche Zeitung 19.5.1990.

¹⁰⁷ Süddeutsche Zeitung 4.5.1990, die tageszeitung 10.5.1990.

¹⁰⁸ Vgl. die beiden BASIC-Studien in: Institut für Internationale Politik, Die atomare Planung der NATO nach dem Ende des kalten Krieges, Wuppertal 1990. Die Routinetagung der NPG, auf der die konkrete Stationierungsentscheidung fallen sollte, wurde von Anfang Oktober auf den 7. Dezember verlegt, um das Thema aus dem gesamtdeutschen Wahlkampf herauszuhalten. (die tageszeitung 9.5.1990) Die Bundesregierung möchte erreichen, daß die Waffen gar nicht oder nur im Krisenfall in der BRD stationiert werden; die USA und Großbritannien bestehen auf einer Stationierung, um die weiterbestehende sicherheitspolitische Abhängigkeit der BRD zu dokumentieren. Vgl. die tageszeitung 20.4.1990

¹⁰⁹ Frankfurter Rundschau 2.7.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.7.1990.

¹¹⁰ Vgl. auch die desolote Lage illustrierende Berichte über erstmalige Zahlungsunfähigkeit und Verpfändung von strategischen Diamantenreserven (und Vertrag zu Vermarktung) bei dem größtem kapitalistischen Händler Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.7.1990, S. 13.

¹¹¹ Der Tagesspiegel 27.6.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.6.1990.

¹¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.7.1990, 11.7.1990, 12.7.1990, S. 1f.

¹¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung 11. und 12.7.1990; Der Spiegel, Nr. 27, 1990, S. 19.

reform in Angriff nehmen".¹¹⁴ Die feine Unterscheidung zwischen den kleineren WVO-Staaten - die scheinbar unumkehrbar auf dem Weg zu kapitalistischen und demokratischen Gesellschaftsformen sind, können unter den bekannten Bedingungen auch Kapitalhilfen bekommen - und der UdSSR als immer noch 'realsozialistischem' Land zeigte sich auch bei der Lockerung der CO-COM-Richtlinien durch die westlichen Staaten: Die UdSSR bleibt bis auf weiteres von dieser Vergünstigung ausgeschlossen.¹¹⁵

Die US-Position zeichnete sich außerdem dadurch aus, daß sie verstärkt bemüht war, zu den absehbar Mächtigen in Europa eine gute und engere Beziehungen aufzubauen, um "langfristig ihre eigenen Interessen in und an Europa zu sichern". Dazu gehört in der Sichtweise der US-Regierung auch und vor allem die Bundesrepublik. Das neue deutsch-amerikanische Verhältnis wird "nicht mehr das des Erziehers zum Fürsorgezögling sein", sondern es kann "als Management einer deutschen Halbhegemonie gekennzeichnet werden: irgendwo zwischen Restzweifeln und dem Bewußtsein, aufeinander angewiesen zu sein".¹¹⁶ Die USA bemühten sich auch erfolgreich, intensivere Beziehungen zur EG als möglichen neuen sicherheitspolitischem Akteur herzustellen. In einer Vereinbarung zwischen der US-Regierung und der EG-Kommission wurde festgelegt, daß künftig halbjährliche Treffen der Regierungschefs und Außenminister stattfinden sollen.¹¹⁷ Die USA legen außerdem das Schwergewicht auf die NATO anstelle des KSZE-Prozesses, weil die NATO die wichtigste Einflußmöglichkeit auf die Politik der inzwischen zu ernsthaften ökonomischen Konkurrenten aufgestiegenen Verbündeten bietet.¹¹⁸ Auf ihrem Treffen auf den Bahamas-Inseln Mitte April machten US-Präsident Bush und die britische Premierministerin Thatcher keinen Hehl daraus, daß sie ein europäisches System kollektiver Sicherheit auch langfristig ablehnen.¹¹⁹ Diese politischen Schwerpunktsetzungen v.a. von Seiten der USA - Distanz zu gesamt-europäischen Sicherheitsstrukturen, Aufrechterhaltung und Konsolidierung des westlichen Lagers und seiner Einrichtungen - kam außer in den entsprechenden NATO-Tagungen auch darin zum Ausdruck, daß ausgerechnet bei dem KSZE-Gipfel Ende November in Paris die "Erklärung zu den Beziehungen zwischen der EG und den USA" veröffentlicht wurde. Darin wird unter anderem der Beschluß formuliert, dem "unerschütterlichen Bekenntnis" beider Seiten zur NATO "eine langfristige Perspektive zu geben".¹²⁰ Das einzige Zugeständnis von Bush an Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen Anfang Juni war es, die Rolle der KSZE zu stärken, was die USA bis dahin abgelehnt hatten. Sie sollte aber keine militärischen Sicherheitsaufgaben übernehmen, wie dies laut FAZ der sowjetische Vorschlag eines europäischen Sicherheitsrates bedeuten würde.¹²¹

Ähnlich wie die US-Regierung versuchte die französische Führung zunächst, die Vereinigung zu verhindern oder zumindest - u.a. über die Formulierung von vielerlei Bedingungen - auf die lange Bank zu schieben. Staatspräsident Mitterand hatte schon vor der Maueröffnung mehrmals klar gemacht, daß er von einer Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nichts wissen wolle.¹²²

¹¹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung 22.12.1990, S. 11f. Ohne rasche finanzielle Stabilität, eine realistische Wechselkurspolitik, Preisregeln und Handelsliberalisierung, Privateigentum und Rechtssicherheit erübrigt sich demnach auch noch so umfangreiche Kapitalhilfe.

¹¹⁵ Vgl. Interview mit Wolfgang Roth (SPD-MdB), "Die alte Ideologie lebt weiter", in: Die Zeit, Nr. 31, 27.7.1990, S. 23.

¹¹⁶ Stürmer (s. Anm. 1), S. 13. Die Aufwertung der BRD als westeuropäischer Partner in der internationalen Politik hatte sich bereits im Sommer 1989 (Anlaß: 40jähriges Bestehen) gezeigt, als Präsident Bush die USA und die BRD als "partners in leadership" bezeichnete und der sowjetische Präsident Gorbatschow bei einem Besuch die Bundesrepublik ebenfalls heraus hob; vgl. u.a. Arthur Heinrich, Kein schöner Land in dieser Zeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, 1989, S. 925-936.

¹¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.3.1990.

¹¹⁸ Süddeutsche Zeitung 26.2.1990.

¹¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.4.1990.

¹²⁰ Die Erklärung ist dokumentiert in: BMVg (Hg.), Informationen zur Sicherheitspolitik, Der Pariser Gipfel, Bonn, November 1990, S. 24-29.

¹²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung 5.6.1990.

¹²² Vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.10.1989.

Ein Teil der diplomatischen und politischen Aktivitäten war die anhaltende Unterstützung der polnischen Forderung nach einer verbindlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Die schärfste Kritik eines westlichen Verbündeten über die Kohl'schen Forderungen in bezug auf diesen Punkt stammte beispielsweise vom französischen Außenminister Dumas. Er forderte eine unverzügliche vertragliche Anerkennung der polnischen Westgrenze noch vor einer Vereinigung Deutschlands. Einfache Erklärungen seien ungenügend, eine Verschiebung auf die Zeit nach der Vereinigung "unvernünftig".¹²³ Nachdem der Bundestag eine dementsprechende Erklärung abgegeben hatte, wurde diese vom französischen Staatspräsidenten Mitterand (bei einem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten) heftig kritisiert. "Frankreich betrachtet die Oder-Neiße-Grenze als unantastbar. Jede Erklärung, die das nicht klar ausspricht", - wie die des Bonner Bundestages - sei ungenügend.¹²⁴ Nach Angaben von Mitterand waren diese "Verstimmungen" Ende April aber ausgeräumt.¹²⁵

Die französische Regierung war gleichzeitig diejenige in Westeuropa, die am nachhaltigsten auf eine beschleunigte und weitergehende politische Integration der EG als "neue" Sicherheitsstruktur in Europa drängte. Eine gesamteuropäische Perspektive von Mitterand, über eine weitgehende Institutionalisierung des KSZE-Prozesses hin zu einer Europäischen Konföderation zu kommen, die aber u.a. mangels Präzisierung als nicht ernst zu nehmende Perspektive beurteilt wird.¹²⁶ Stattdessen erhob die französische Regierung die Forderung, die für Dezember vorgesehene Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion der EG vorzuziehen und außerdem eine solche Konferenz zur Weiterentwicklung der EG zur Politischen Union einzuberufen. Die Bundesregierung setzte sich mit ihrer Ablehnung einer vorgezogenen Konferenz durch, beteiligte sich aber an einer Initiative zur Einberufung einer parallelen Regierungskonferenz zur Politischen Union.¹²⁷

Mitte Juli wurde bekannt, daß Staatspräsident Mitterand Mitte März die Serienfertigung der atomaren Mittelstreckenrakete Hades freigegeben hatte, deren Entwicklung und geplante Beschaffung seit Jahren von Politikern aus der BRD kritisiert worden war. Sie kann mit einer Reichweite von 480 Kilometern nur Ziele in den unmittelbaren Nachbarstaaten erreichen.¹²⁸ Diese Maßnahme zu einem Zeitpunkt, an dem sich die deutsch-französischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt befanden, wird als nicht zuletzt deutschlandpolitisch motiviert interpretiert: Paris möchte das ökonomische Übergewicht der Deutschen und deren mit der Vereinigung wachsende politische Rolle wenigstens symbolisch konterkarieren.¹²⁹

Die britische Regierung war - wie auch die französische - von den europäischen Entwicklungen besonders betroffen, weil die deutsche Vereinigung ihren Status als Siegermacht beendet hat. Darüber hinaus sah sie ihre besondere Beziehung zu den USA als gefährdet an, weil die Vereinigten Staaten sich um besondere Beziehungen mit der mächtigeren BRD bemühen. Im Unterschied zu Frankreich sah Großbritannien auch in der westeuropäischen Integration keine alternative politische Strategie - weder zur Einbindung Deutschlands noch als wirksames Mittel zur Abschreckung der UdSSR, weil dies mit einem weiteren Souveränitätsverzicht verbunden

¹²³ Süddeutsche Zeitung 2.3.1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.3.1990 und 5.3.1990.

¹²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.3.1990.

¹²⁵ Frankfurter Rundschau 27.4.1990, S. 4; Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.4.1990, S. 2.

¹²⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau 4.1.1990, S. 3, und 5.1.1990, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.1.1990, S. 1; Bauer (s. Anm. 27).

¹²⁷ Zu den Ergebnissen siehe Abschnitt 4.

¹²⁸ Es soll zunächst eine reduzierte Stückzahl von 50 angeschafft werden. Vgl. Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau 16.7.1990.

¹²⁹ Vgl. Der Spiegel, Nr. 30, 23.7.1990, S. 102f. Dort auch Aussagen und Argumente von Verteidigungsminister Chévenement, daß Frankreich "seinen Rang als stärkste Militärmacht Europas" ausbauen müsse, weil die Glaubwürdigkeit von Frankreichs Diplomatie heute mehr auf seinem unabhängigen Militärpotential als auf seiner Exportkraft oder dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat beruhe. Vgl. auch das Interview mit dem Mitterand-Vertrauten Maurice Faure, Der Spiegel, Nr. 50, 10.12.1990, S. 172-178, die französische Atombombe habe "symbolisch und real gesehen eine höhere Wertminderung hinnehmen müssen als die D-Mark".

wäre.¹³⁰ Konkret waren britische Regierungskreise vor allem darüber erleichtert, daß Bundeskanzler Kohl mit seinem "10-Punkte-Plan" Ende November keine festen Zeitvorstellungen verbunden und die Einbindung der BRD in die NATO nicht in Frage gestellt hatte. Die Regierungschefin Thatcher teilt die Bedenken vor einer erneuten, dominanten Position Deutschlands infolge der Vereinigung und benutzte mit als erste die Formel vom "4. Reich", um diese Bedenken zu umschreiben.¹³¹ Für diesen Zeitpunkt kann als zutreffend angenommen werden - ebenso wie für die internationale Turbulenzen verursachende Konferenz über Deutschland und den wegen seiner abfälligen Äußerungen dann zurückgetretenen Minister Ridley¹³²-, daß Frau Thatcher nur deutlicher ausdrückte, was auch in den Regierungen anderer Nachbarstaaten gedacht und teilweise diplomatischer auch formuliert wurde.

Die übrigen westeuropäischen Verbündeten spielten bei der Neustrukturierung der Sicherheitspolitik in Europa nach der Vereinbarung über die "2+4-Gespräche" als Modus zur Bearbeitung der "deutschen Frage" nur eine untergeordnete Rolle. Mehrere Regierungen und Parlamente meldeten deshalb nach der Vereinbarung Mitte Februar Protest, Bedenken und den Willen nach stärkerer Beteiligung und Mitsprache an - so z.B. die belgische, italienische, dänische und niederländische Regierung.¹³³ Die öffentliche Äußerung von Bedenken gegen die "Wiedervereinigung" und den gewählten Verhandlungsmodus ließen erst nach, nachdem Bundeskanzler Kohl "Überzeugungsarbeit" geleistet und den christlich-demokratischen Regierungschefs Italiens, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande gleichsam die Vertrauensfrage gestellt habe, ob sie ihm und den Deutschen 40 Jahre Arbeit für Europa durch Mißtrauen lohnen wollten.¹³⁴

3.3. UdSSR und Osteuropa

Die Politik der UdSSR gegenüber den zielstrebig umgesetzten Vereinigungsplänen der beiden deutschen Staaten und den von der westlichen Seite definierten außenpolitischen Vorgaben dabei ist - wie auch schon in anderen Bereichen, z.B. bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen - eine Geschichte des Rückzugs und des schrittweisen Aufgebens ihrer Positionen. Den gesellschaftlichen Umbruch in den meisten Staaten ihres bisherigen Einflßbereiches hatte die östliche Vormacht durch die Aufgabe ihrer hegemonialen Ansprüche im Rahmen einer auf Entspannung und Abrüstung orientierten, grundlegend neuformulierten Außenpolitik ermöglicht. Diese Neuorientierung schloß auch das Bemühen um die Herausbildung neuer gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen, die an die Stelle der vorhandenen Militärbündnisse treten sollen, ein.

Die Ablehnung eines zum damaligen Zeitpunkt noch "Wiedervereinigung" genannten Phänomens setzte sogleich nach Kohls Zehn-Punkte-Plan ein. Außenminister Schewardnadse meinte, es gebe kein Land in Europa, das ein wiedervereinigtes Deutschland nicht als Bedrohung für die Stabilität Europas betrachte.¹³⁵ Auch der Genscher-Plan wurde wiederholt von führenden sowjetischen Politikern abgelehnt. Er sei selbst dann nicht akzeptabel, wenn das Gebiet der

¹³⁰ Vgl. z.B. Der Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S. 160f.

¹³¹ Frankfurter Rundschau 30.11.1990.

¹³² Die britische Regierungschefin wollten von einigen Deutschland-Experten z.B. wissen, ob Deutschland sich gewandelt habe oder in Zukunft Machtpolitik betreibt oder sein Territorium erweitern wird; vgl. Die Zeit, Nr. 15, 6.4.1990, S. 3. Ridley meinte u.a., daß die Deutschen Europa übernehmen wollten und die Franzosen seien "die Pudel" Deutschlands: Beobachter verwiesen darauf, daß seine Ansichten für die britische Politik nicht unbedingt exotisch waren; vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.7.1990, S. 3; Süddeutsche Zeitung 13.7.1990, S. 2; Der Spiegel, Nr. 30, 23.7.1990, S. 103ff.

¹³³ Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.2.1990 und 19.2.1990; die tageszeitung 22.2.1990; Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.2.1990 und 24.2.1990; Frankfurter Rundschau 27.2.1990; Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.3.1990; die tageszeitung 8.3.1990.

¹³⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.2.1990.

¹³⁵ Der Tagesspiegel 16.12.1989; vgl. auch Frankfurter Rundschau 30.11.1989.

später eine entmilitarisierte Zone sein sollte.¹³⁶ Nicht nur die volle Integration des vereinigten Deutschlands wurde als "absurd" bezeichnet, auch eine nur politische Integration wie die Frankreichs sei keine Lösung, so der Gorbatschow-Berater Falin in einem Interview.¹³⁷ Gorbatschow illustrierte die Auffassung der sowjetische Seite, daß die Forderung nach einer NATO-Mitgliedschaft wohl gegen die UdSSR gerichtet sein muß, mit der Frage: "Warum müssen die Deutschen der NATO angehören? Sollen sie doch der WVO beitreten, wenn diese Frage so nebensächlich ist."¹³⁸

Die UdSSR ging - trotz ihrer Bereitschaft seit Anfang Februar, die beiden deutschen Staaten über das wann und wie einer Vereinigung selbst entscheiden zu lassen - weiter davon aus, daß dieser Prozeß aufs engste mit der sicherheitspolitischen Einbindung in Europa verbunden sein muß. Um einer "überstürzten" Vereinigung vorzubeugen, wie sie Bundeskanzler Kohl mit seiner Unterstützung für einen Beitritt der DDR nach Art. 23 GG unterstellt wurde, drängte die UdSSR auch auf ein erstes Treffen im Rahmen der "2+4-Gespräche" noch vor den DDR-Wahlen am 18. März.¹³⁹

Auf dem ersten "2+4-Treffen" Anfang Mai in Bonn erklärte sich Außenminister Schewardnadse mit einem raschen Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands einverstanden. Die inneren und äußeren Aspekte dieser Frage sollten entkoppelt werden. Für die Klärung der äußeren Aspekte beanspruchte er ein Übergangszeit, während der die Recht der vier Alliierten fortbestehen sollten.¹⁴⁰ Auf der zweiten Konferenz Ende Juni in Ost-Berlin präzisierte Schewardnadse den Vorschlag in einem "Entwurf für einen Deutschland-Vertrag". Während einer Übergangszeit von fünf Jahren nach der Vereinigung sollten alle jetzigen Bündnisverpflichtungen beider deutscher Staaten bestehen bleiben.¹⁴¹ Damit knüpfte er an den in den vorhergehenden Monaten von sowjetischer Seite wiederholt vorgebrachten Vorschlag einer "Doppelmitgliedschaft" Deutschlands in beiden Militärbündnissen an.¹⁴² Zwischenzeitlich wurde von sowjetischer Seite als mögliche Kompromißvariante aber auch eine nur politische NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nach französischem Vorbild genannt.¹⁴³ In dem Vertrag sollte außerdem eine Truppenstärke von 200.000 bis 240.000 Mann festgeschrieben und die Stationierung und Produktion von ABC-Waffen verboten werden.¹⁴⁴

Die sowjetischen Vorschläge und Initiativen beinhalteten auch in diesem Rahmen Elemente neuer gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen.¹⁴⁵ Auf dem Washingtoner Gipfeltreffen der beiden Supermächte schlug der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow die Bildung eines "Rates von Groß-Europa" auf der Basis der 35 KSZE-Staaten vor, zu dem sich die Staatschefs der Teilnehmerländer jährlich versammeln sollten.¹⁴⁶ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug ergänzend gegenüber Bundesaußenminister Genscher vor, NATO und WVO sollten gemeinsame Institutionen einrichten und gemeinsame Streitkräfteübungen durchführen. Die So-

¹³⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.1990 und 26.2.1990; Süddeutsche Zeitung 19.2.1990 und 26.2.1990; die tageszeitung 19.-22.2.1990; Frankfurter Rundschau 27.2.1990.

¹³⁷ Der Spiegel, Nr. 8, 19.2.1990, S. 168-172.

¹³⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.3.1990.

¹³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.3.1990 und 15.3.1990; Süddeutsche Zeitung 14.3.1990. Die Befürchtung eines überstürzten Anschlusses wurde auch von der US-Regierung geteilt; vgl. Süddeutsche Zeitung 26.2.1990.

¹⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.5.1990.

¹⁴¹ Vgl. Die Zeit, Nr. 27, 29.6.1990, S. 6; Süddeutsche Zeitung 23./24.6.1990, S. 1.

¹⁴² Süddeutsche Zeitung 12.4.1990; Frankfurter Allgemeine Zeitung 5.6.1990; Süddeutsche Zeitung 13.6.1990.

¹⁴³ Süddeutsche Zeitung 2./3./4.6.1990; vgl. zum allmählichen Abrücken der UdSSR von ihren Positionen auch Albrecht (s. Anm. 31), S. 55ff.

¹⁴⁴ Süddeutsche Zeitung 23./24.6.1990; die tageszeitung 23.6.1990.

¹⁴⁵ Zu früher gemachten Vorschlägen in diese Richtung vgl. z.B. die Dokumentation eines Artikels von Außenminister Schewardnadse in: Frankfurter Rundschau 27.1.1990, S. 18.

¹⁴⁶ Süddeutsche Zeitung 2./3./4.6.1990.

wjetunion erwarte von der NATO weiterhin, daß sie formell auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet und ihre Militärstruktur defensiv umrüstet.¹⁴⁷

Bei dem Einschwenken der sowjetischen Führung auf die sicherheitspolitische Position des Westens Mitte Juli haben mehrere Faktoren eine Rolle gespielt. Dazu zählt die anhaltende Ablehnung v.a. der westlichen Staaten zu weitergehenden Zugeständnissen im Hinblick auf gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen, die Abhängigkeit der sowjetischen Reformer von westlicher Hilfe bei der Behebung der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und dem Umbau der Ökonomie sowie die deklaratorischen Zugeständnisse des Londoner NATO-Gipfels. Außerdem hatten die 'konservativen' Kritiker der Reformkräfte auf dem 28. Parteitag nur wenig Rückhalt gefunden¹⁴⁸, und die sich verschärfende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise in der UdSSR macht weitere Reformschritte noch dringlicher. Für den Umbau der sowjetischen Gesellschaft sahen sich die Reformer aber nach wie vor auf westliche Hilfe angewiesen, zu der sich die Bundesregierung am ehesten bereit fand - allerdings unter der Bedingung eines Einlenkens in der "deutschen Frage". Belege für die öfter zu hörende Behauptung eines taktischen Vorgehens der sowjetischen Führung, ihre sicherheitspolitischen Forderungen lange beizubehalten, um den "Preis" (in Form finanzieller Hilfe und wirtschaftlicher Kooperation) für ihre weitgehende Zustimmung zu den westlichen Positionen zu erhöhen, lassen sich nur schwer finden. Das dieser vermeintlichen Taktik angeblich zugrundeliegende "aufgeklärte russische Selbstinteresse"¹⁴⁹ scheint sich vielmehr erst formiert zu haben, nachdem die Bundesrepublik und die westlichen Staaten zu keinen anderen "Kompensationen" bereit waren.

Innerhalb der WVO war die UdSSR (mit der alten DDR-Regierung) in ihrer völligen Ablehnung einer NATO-Integration Deutschlands isoliert.¹⁵⁰ Die im Vergleich mit der UdSSR größere Flexibilität und Toleranz gegenüber den deutschen Staaten bei den Reformregierungen der ost- und südosteuropäischen Staaten ist zum einen auf ihre Abhängigkeit von den westlichen Staaten begründet, zum anderen aber auch Ergebnis der (im Vergleich mit den USA) konstanten und weniger konfrontativen Ostpolitik der Bundesregierung, durch die "Befürchtungen vor deutschen Hegemonialambitionen ... nicht verschwanden", aber doch "relativiert worden sind".¹⁵¹ Die Isolation der UdSSR wurde u.a. auf einer Tagung der Außenminister in Prag Mitte März deutlich. Die Außenminister Ungarns, der CSFR und Polens vertraten eine flexiblere Position zu dieser Frage. Die "schlimmste Variante" wäre in deren Augen ein neutrales, in keinem Bündnis eingebundenes Deutschland.¹⁵² Ungarische Spitzenpolitiker hatten zuvor sogar einen Beitritt ihres Landes in die politische Integration der NATO für denkbar erklärt.¹⁵³ Der außen- und sicherheitspolitische Handlungsspielraum der ost- und südosteuropäischen Staaten war aber - u.a. wegen wirtschaftlichen Probleme infolge der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion - stark eingeschränkt.¹⁵⁴

Die kleineren osteuropäischen Staaten forderten außerdem eine grundlegende Reform der WVO und kündigten ihren Austritt an, wenn dies nicht geschähe. Um die Auflösung der WVO zu verhindern, kündigte der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow auf der Tagung Anfang Juni in Moskau die Bereitschaft zu einem radikalen Wandel des östlichen Bündnisses an. Er trat für Gleichberechtigung und Demokratisierung des Bündnisses ein und stellte die Umwandlung in eine rein politische Organisation in Aussicht. Zuvor hatte der ungarische Ministerpräsident

147 Vgl. Der Spiegel, Nr. 25/1990.

148 Erst dadurch habe sich die sowjetische Führung entschlossen, in der "deutschen Frage" reinen Tisch zu machen, hätten die "sowjetischen Gastgeber den Bonner BEsuchern" im Juli "bestätigt". Christoph Bertram, Ein Weltrekord der Diplomaten, in: Die Zeit, Nr. 37, 7.9.1990, S. 4.

149 Stürmer (s. Anm. 1), S. 14f.

150 Frankfurter Rundschau 13.3.1990.

151 Heinrich (s. Anm. 116), S. 931.

152 Frankfurter Rundschau 19.3.1990.

153 Frankfurter Allgemeine Zeitung + Frankfurter Rundschau 22.2.1990.

Antall es "eine überholte Organisation" genannt, Rumänien hatte seinen grundsätzlichen Willen zum Austritt angekündigt.¹⁵⁵ Im Ergebnis wurde eine Kommission von Regierungsbeauftragten eingesetzt, die bis Ende Oktober konkrete Vorschläge für die Umwandlung der WVO ausarbeiten sollte¹⁵⁶, was bis zum Jahresende jedoch keine weitreichenden Ergebnisse zeitigte. Mit Ausnahme Ungarns, dessen Parlament die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel eines geordneten Austritts bis Ende 1991 beschlossen hat¹⁵⁷, wollten die anderen Staaten zunächst in einem gewandelten Bündnis bleiben, u.a. um eine Rückversicherung gegenüber dem neuen Deutschland zu behalten und die UdSSR in den europäischen Einigungsprozeß einzubinden.¹⁵⁸

3.4. KSZE

Die Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur im Sinne eines mit souveränitätsbeschränkenden Rechten versehenen kollektiven Sicherheitssystems erschien den kleineren ost- und südosteuropäischen einerseits zwar erstrebenswert als alternative Einbindungsmöglichkeit für das bundesdeutsche Militärpotential. Diese Variante hatte aber durch die verbreitete Ablehnung in den westlichen Staaten keine Perspektive.¹⁵⁹ Andererseits hätte ein kollektives Sicherheitssystem bedeutet, wiederum mit der UdSSR in einem Bündnis integriert zu sein, was nach den Erfahrungen mit der jahrzehntelangen sowjetischen Hegemonie in der WVO wiederum in den kleineren Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar schien. Diese Abneigung zeigte sich auch in der Ablehnung des DDR-Vorschlags einer Polen, die CSFR und DDR umfassenden Sicherheitszone als ersten Schritt zu einem kollektiven Sicherheitssystem.¹⁶⁰ Die "Trilaterale Initiative" der CSFR, DDR und Polens zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses enthielt denn auch keine weitergehenden Schritte als die, die bereits Anfang des Jahres von Außenminister Genscher formuliert worden waren und die auch vom Londoner NATO-Gipfel Anfang Juli weitgehend geteilt wurden. Der Vorschlag der drei WVO-Staaten wurde von den westlichen Staaten noch einmal dahingehend abgeschwächt, daß es neben einem betont "kleinen Sekretariat" nicht zwei Zentren (eines zur Konfliktverhütung und -beilegung, eines zur Verifikation und Rüstungskontrolle), sondern nur eines "zur Konfliktverhütung" geben soll.¹⁶¹ In der Prämbel des Abschlußvertrags der "2 + 4"-Gespräche wurde mit aller Vorsicht die "Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der KSZE positiv in Betracht zu ziehen" formuliert.¹⁶²

Auf dem KSZE-Gipfel Ende November in Paris, bei dem von allen Beteiligten der Beginn einer neuen Friedensära gefeiert und von den Mitgliedstaaten der beiden Militärbündnisse das erste konventionelle Abrüstungsabkommen unterzeichnet wurde, wurde neben den oben erwähnten Konsultationsmechanismen auch die Gründung des kleinen Zentrums beschlossen, das vorrangig mit rüstungskontrolltechnischen Funktionen betraut wurde.¹⁶³

¹⁵⁴ Vgl. Albrecht (s. Anm. 31), S. 30f. und 103ff.

¹⁵⁵ Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.6.1990.

¹⁵⁶ Der Tagesspiegel 8.6.1990.

¹⁵⁷ Der Tagesspiegel 27.6.1990.

¹⁵⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.6.1990.

¹⁵⁹ Vgl. zu den Reaktionen Frankreichs, Großbritanniens und der USA auch Albrecht (s. Anm. 31), S. 28ff. und 38f. Ein kollektives Sicherheitssystem wurde aber nicht nur von Politikern und NATO-Militärs, sondern auch von Wissenschaftlern abgelehnt; vgl. z.B. Ernst-Otto Czempel, Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.8.1990, und Heinz Gärtner, Eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur? in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, 1990, S. 365-378. Vgl. auch Christoph Bertram, Viele Pläne für das europäische Haus, in: Die Zeit, Nr. 18, 27.4.1990, S. 3.

¹⁶⁰ Vgl. Albrecht (s. Anm. 31), S. 70ff.

¹⁶¹ Vgl. Proposal of the CSFR, the GDR and the Rep. of Poland Regarding the Institutionalization of the CSCE Process, 6.6.1990; die "Londoner Erklärung" des NATO-Gipfeltreffens ist u.a. abgedruckt in: NATO-Brief, Nr. 4, 1990, S. 33-35.

¹⁶² Wortlaut des Vertrages in: Neues Deutschland (s. Anm. 61).

¹⁶³ Außer dem Hinweis im "Spiegel" gibt es keine Belege dafür, daß Außenminister Genscher "es hinnehmen mußte", daß dieses Zentrum weit weniger Kompetenzen als von ihm gewünscht erhalten soll. Vgl. Der Spiegel, Nr. 47, 19.11.1990, S. 133-134.

In den beschlossenen Formen des sicherheitspolitischen Austauschs und der beabsichtigten Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten spiegelt sich die reale "Entfeindung" der sich bisher gegenüberstehenden Blöcke und Staaten aufgrund der Abschaffung der 'realsozialistischen' Gesellschaftssysteme wieder. Sie beinhaltet aber keine weitergehenden Elemente hin zu einem kollektiven Sicherheitssystem - im Gegenteil: Festgeschrieben wird das "Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitische Disposition frei zu treffen".¹⁶⁴ Hinzuweisen ist auch auf die Unverbindlichkeit der getroffenen Vereinbarungen und das weitgehende Fehlen von Instrumenten zur Lösung von ökonomischen, nationalistischen und ethnischen Konflikten.¹⁶⁵ Angesichts dieser Ergebnisse ist der Einschätzung zuzustimmen, daß das Pariser Treffen "als Abschluß einer alten, nicht als Anfang einer neuen Epoche in die Geschichte eingehen" wird, auch wenn "die Rhetorik vom 'neuen europäischen Sicherheitssystem' wiedergekaut" wurde.¹⁶⁶

4. EG-INTEGRATION

Die in den Augen vieler europäischer Nachbarstaaten positive Funktion der "Blockkonfrontation", die Entmachtung Deutschlands qua Teilung festzuschreiben, entfällt mit der Auflösung der Blockkonfrontation vollends. Sie war ohnehin schon durch die Entwicklung der BRD zu einem der führenden Industriestaaten der kapitalistischen Welt, die erst durch die Integration in die westlichen Bündnisse möglich geworden war, für den westlichen deutschen Staat nachhaltig relativiert worden. Die westeuropäischen Staaten (und hier vor allem Frankreich) sahen eine weitere und vielleicht zuverlässigere Möglichkeit zur Einbindung der Bundesrepublik in der intensivierten Integration im Rahmen der EG. Auch von bundesdeutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß "das Prinzip Eingliederungsbereitschaft nur glaubwürdig im Rahmen der EG umzusetzen ist" und "nun die Bewährungsprobe" für das daran orientierte "Staatsverständnis der Bundesrepublik" kommt.¹⁶⁷ Dies ist v.a. darin begründet, daß die Bedenken der westeuropäischen Regierungen sich hauptsächlich auf das mittelfristig durch den Beitritt der DDR noch anwachsende ökonomische Machtpotential der ohnehin schon dominierenden Volkswirtschaft in der EG und die damit gegebenen politischen Einflußmöglichkeiten konzentrieren und weniger auf die Gefahr einer militärischen Aggression.¹⁶⁸ Darüberhinaus wird der EG von westlicher und östlicher Seite eine wichtige Rolle als ökonomische Stabilitätszone zugeschrieben, von dem sich die reformierten ost- und südosteuropäischen Staaten viele positive Impulse erwarten.

¹⁶⁴ "Die Charta von Paris für ein neues Europa" und andere Dokumente des Pariser Gipfeltreffens sind u.a. abgedruckt in: BMVg (s. Anm. 120).

¹⁶⁵ Vgl. auch Wilhelm Bruns, Auf dem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung? Nach dem KSZE-Gipfel in Paris, Bonn, Nov. 1990 (Studie Nr. 43 der Abt. Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der F.-Ebert-Stiftung).

¹⁶⁶ Christoph Bertram, Hausordnung ohne Haus, Das Europa vom Atlantik bis zum Ural läßt auf sich warten, in: Die Zeit, Nr. 47, 16.11.1990, S. 6. Vgl. zu weitergehenden, z.T. euphorischen Vorstellungen z.B. Dieter Senghaas, Europa 2000, Ein Friedensplan, Frankf. a.M., S. 11-56; Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa, Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft, Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier", Hamburg, April 1990 (Hamburger Informationen zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 9/1990).

¹⁶⁷ Jürgen Nötzold / Reinhardt Rummel, Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Ordnung, in: Aussenpolitik, Nr. III/90, S. 212-224, hier S. 216. Ähnliche Forderungen stellt auch Hrbek (s. Anm. 22), hier S. 136, auf.

¹⁶⁸ Was von bundesdeutscher Seite durchaus auch so eingeschätzt wurde: "Kein Zweifel, Mitterrand und einige andere wollen den deutschen Riesen möglichst rasch zähmen und seine währungspolitische Vorherrschaft neutralisieren." - so ein Kommentar ("Geld und Politik in Europa") in Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.12.1990, S. 17. Vgl. auch Helmut Schmidt, Deutschlands große Chance, in: Die Zeit, Nr. 41, 5.10.1990, S. 1f.: Wer sich im Ausland umhöre, stoße auf "Angst vor der dirigierenden Macht der Bundesbank und der deutschen Geschäftsbanken. Und er stößt auf die Angst vor der Möglichkeit, die enorme ökonomische Potenz Deutschlands könnte uns zu neuer außenpolitischer Arroganz verleiten".

Bundeskanzler Kohl trug zwar - nach einigem Zögern und der Weigerung, die für Dezember geplante Regierungskonferenz zur Währungsunion noch weiter vorzuziehen¹⁶⁹ - eine Initiative zur Bildung der Politischen Union des französischen Präsidenten Mitterand im Frühjahr mit, machte aber auch deutlich, daß er nicht erwarte, daß diese Unternehmung Erfolg haben würde, weil andere Regierungen nicht zu einem weitergehenden Souveränitätsverzicht bereit sein würden. Die bisherigen Ergebnisse (EG-Gipfel im Sommer in Dublin und im Oktober und Dezember in Rom) gehen wegen des Widerstandes verschiedener Regierungen - u.a. der britischen - tatsächlich in diese Richtung. Zur allgemeinen Überschätzung der souveränitätsbeschränkenden Perspektiven haben bis in die jüngste Zeit die sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber beigetragen, was die Politische Union denn konkret sein soll, was dann in der Öffentlichkeit oft zu Vereinfachungen unter dem irreführenden Begriff "europäischer Bundesstaat" geführt hat.

Im Unterschied zur noch sehr unklaren Konzeption der weiteren politischen Integration existiert für die Währungsunion ein sogenannter Drei-Stufen-Plan zu ihrer Realisierung, wobei aber die ersten beiden Stufen nur unverbindliche Schritte hin zu mehr Abstimmung und Koordination in der Währungspolitik vorsehen. Die erste Etappe begann zeitgleich mit der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion am 1.7.1990. Die Differenzen zwischen den Regierungen über die Verwirklichung und v.a. die Ausgestaltung der wichtigen dritten Stufe wurden auch beim EG-Gipfel im Oktober in Rom nicht ausgeräumt. Ein bescheidenes Signal seiner weiteren Integrationsbereitschaft setzte der Bundeskanzler (trotz der bekannten heftigen Proteste der Bundesbank) mit seiner Zusage, sich einem Beginn der zweiten Stufe der Währungsunion am 1.1.1994 nicht zu widersetzen - wobei noch immer umstritten ist, was der konkrete Gehalt dieser Stufe sein soll¹⁷⁰. Die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank und die Einführung einer gemeinsamen Währung wurde entgegen anderslautenden Meldungen *nicht* beschlossen; vereinbart wurde lediglich, daß mit ihrem Aufbau begonnen werden und den Staats- und Regierungschefs bis zum 31.12.1996 ein Bericht vorgelegt werden soll, aufgrund dessen dann die Verwirklichung der dritten Stufe diskutiert werden wird. Diese noch vagen Festlegungen interpretiert die EG-Kommission traditionell enger als verschiedene Mitgliedregierungen. Kommissionspräsident Delors klagte nach den konstituierenden Sitzungen der Regierungskonferenzen Mitte Dezember ausdrücklich über die Finanzminister aus Frankreich, Spanien, der Bundesrepublik und den Niederlanden. Sie machten den Eindruck, als wollten sie von den "klaren Verpflichtungen" ihrer Regierungen vom Oktober-Gipfel abtrünnig werden. Delors war unsicher geworden, "daß Großbritannien die größte Bedrohung für die Europäische Währungsunion ist", und zeigte sich verärgert über die "Angriffe" von Bundesfinanzminister Waigel auf den Kommissionsentwurf für die Verträge zur Währungsunion.¹⁷¹ Der Kommissionspräsident ist mißtrauisch in bezug auf den kommenden Verhandlungsprozeß, weil v.a. der britische Alternativvorschlag eines "harten Ecu" und die Vorbedingungen, die von den "Perfektionisten" aus der Bundesrepublik gestellt würden, die Verhandlungen so stark verzögern könnten, bis "uns allen weiße Bärte gewachsen sind".¹⁷²

Die von bundesdeutschen Finanz- und Wirtschaftskreisen recht eindeutig abgelehnte "Opferung" der D-Mark, "die alles repräsentiert, wofür die Deutschen (West) 40 Jahre lang gearbeitet ... haben", auf dem "Altar der EG" steht also noch lange nicht auf der Tagesordnung¹⁷³ - und ange-

¹⁶⁹ Vgl. zu entsprechenden Forderungen von Mitterand Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.2.1990 und Süddeutsche Zeitung 11.12.1989, S. 1. Bundeskanzler Kohl stimmte auch der Einberufung der Regierungskonferenz zum Dezember 1990 nur zu, wenn die EG-Staats- und Regierungschefs sich (erstmalig) zur deutschen Einheit bekannten.

¹⁷⁰ Vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.10.1990, S. 19.

¹⁷¹ Vgl. Financial Times 18.12.1990, S. 1 + 20.

¹⁷² Financial Times 17.12.1990, S. 1f. Delors verdächtigt die bundesdeutschen Währungshüter schon "seit längerem, sie wollten die Mark und nicht den Ecu zur einheitlichen Eurowährung machen". Thomas Hanke, Pöhl bremst, Waigel lenkt, in: Die Zeit, Nr. 38, 14.9.1990, S. 26. Auch die SPD kritisierte, die Bundesbank baue "total übertriebene Maximalpositionen" auf, mit denen Debatten heraufbeschworen werden, die "alles verhindern" könnten; vgl. Frankfurter Rundschau 12.12.1990, S. 8.

¹⁷³ Wirtschaftswoche, Nr. 50, 7.12.1990, S. 21-32, hier S. 24; vgl. auch das Interview mit dem (neuen) BDI-Präsidenten Heinrich Weiss in: Wirtschaftswoche, Nr. 52/53, 21.12.1990, S. 32-35, hier S. 36.

sichts der nach wie vor sehr konträren Positionen und der gegenläufigen Wirtschaftsentwicklungen in der EG ist es nicht ausgeschlossen, daß auch offiziell die D-Mark zur europäischen Leitwährung und die Bundesbank zur europäischen Zentralbank wird (was sie faktisch bereits sind).¹⁷⁴

Die deutsch-französische Initiative zur Errichtung der Politischen Union im Frühjahr zielte auf die Einberufung einer Regierungskonferenz (parallel zu der über die Währungsunion im Dezember), die über weitere Schritte beraten sollte. Darin wurden nicht nur weitgehende Vorschläge gemacht, sondern auch ein sehr ehrgeiziges Verwirklichungsdatum (1.1.1993 - zeitgleich mit dem europäischen Binnenmarkt) gesetzt.¹⁷⁵ Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs stimmte zwar auf seiner Sondertagung Ende April in Dublin zu, eine zweite Regierungskonferenz für Dezember einzuberufen und die Außenminister mit der Erarbeitung einer Vorlage zu beauftragen. Alle weitergehenden Ziele - z.B. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik "festzulegen und in die Tat umzusetzen" - wurden jedoch durch wesentlich unverbindlichere Formulierungen ersetzt und kein Zeitpunkt mehr genannt.¹⁷⁶ Das Papier, das die Beauftragten der Außenminister dann für das Gipfeltreffen im Juni vorlegten, war ähnlich diplomatisch formuliert - die "Integration der wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Aspekte der Außenpolitik" solle erörtert werden. Stärker hervorgehoben und wesentlich konkreter gefaßt wurden dagegen andere Aspekte dessen, was auch bisweilen alleine unter dem Etikett Politische Union verstanden wird, wobei die Effektivierung der Entscheidungsmechanismen im Europäischen Rat über die Einführung der Mehrheitsabstimmung als neues Normalverfahren politisch am brisantesten ist.¹⁷⁷ Es gibt wenig Hinweise darauf, daß die wiederum recht weitgehenden Vorschläge des italienischen Außenministers De Michelis vom Oktober und eine neuerliche deutsch-französische "Botschaft", in denen von Mitterrand und Kohl erstmals explizit eine "klare organisatorische Beziehung" und später Verschmelzung der WEU mit der EG vorgeschlagen wird, eine größere Befürwortung finden werden.¹⁷⁸ Die Formulierungen der "Schlußfolgerungen des Vorsitzenden" von der Tagung der Staats- und Regierungschefs der EG Mitte Dezember in Rom, bei der die beiden Regierungskonferenzen zur Währungsunion und Politischen Union offiziell eingesetzt wurden, stellen gegenüber den recht klaren deutsch-französischen Vorschlägen ebenfalls an vielen Stellen ein Abschwächung dar. Die Aufgabe der Union soll es z.B. sein, "in einem kontinuierlichen und evolutiven Prozeß in einheitlicher Weise Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage von im Vertrag niedergelegten allgemeinen Zielen zu behandeln." Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik "sollte darauf zielen", Frieden, Freundschaft, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit u.a. zu fördern. "Zu diesem Zweck wird die Konferenz insbesondere die Ziele der Union und die Tragweite ihrer Politik erörtern und sie wird prüfen, wie ihre Durchführung innerhalb eines institutionellen Rahmens effektiv unterstützt ... werden kann." Angesichts dieser sehr allgemeinen Formulierungen ist es umso interessanter, daß "ein derartiger institutioneller Rahmen" nicht etwa die WEU oder eine organisatorische Verbindung zwischen WEU und EG sein soll, sondern als die wesentliche Einrichtung "zur Grundlage" haben "würde: ein einziges Entscheidungszentrum, den Rat", der zur Vereinheitlichung von Vorarbeiten ein "gemeinsames Sekretariat" unterhalten kann.¹⁷⁹

Auch die weiteren Ergebnisse des Gipfeltreffens bestärken den Eindruck, daß die angekündigte Politische Union im Wesentlichen reduziert werden könnte auf die Effektivierung des Entschei-

¹⁷⁴ Vgl. z.B. Elmar Altvater / Kurt Hübner, Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht - Ein Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: Prokla, Nr. 73, 1988, S. 7-36, hier S. 35f.

¹⁷⁵ Vgl. den Wortlaut der deutsch-französischen "Botschaft" in Europa-Archiv, 45. Jg., 11. Folge, 10.6.1990, S. D-283.

¹⁷⁶ Vgl. das Communiqué in Europa-Archiv (s. Anm. 175), S. D-284 - D-288, Ziffer 7.

¹⁷⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau 19.6.1990, S. 2.

¹⁷⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.10.1990 und 10.12.1990, S. 3; Wortlaut der deutsch-französischen Botschaft in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 144, 11.12.1990, S. 1513-1514.

¹⁷⁹ Die "Schlußfolgerungen" sind dokumentiert in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 149, 21.12.1990, S. 1553-1559, hier S. 1553f.; redigierte Auszüge finden sich in Financial Times 17.12.1990, S. 2.

dungsprozesses im maßgeblichen EG-Gremium (dem Rat), wobei man sich vergegenwärtigen muß, daß diese "Effektivierung" das bislang wichtigste demokratische Prinzip - die Konsensentscheidung - weiter entkräften würde.¹⁸⁰ Dieser Entscheidungs- und Beschlußfassungsprozeß war "auf deutsches Betreiben hin"¹⁸¹ im Rahmen der mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vorgenommenen Reformen bereits 1985 entscheidend verändert worden. Selbst wenn sich diese Regelungsveränderung nur auf Fragen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes bezogen, über dessen Einrichtung zuvor ein Konsens erreicht worden war, hatte die Einführung des Mehrheitsprinzips doch eine Signalwirkung: "Drei Monate lange Verhandlungen über die EEA haben das Tabu 'Mehrheitsabstimmung' zerstört."¹⁸² Der Generaldirektor für Wettbewerb bei der EG-Kommission verweist außerdem auf andere Mechanismen, die mit dieser Entscheidung einhergingen. Die Statistik, die den häufigeren Gebrauch der Möglichkeit zur Mehrheitsabstimmung beweist, "gibt freilich nur einen Teil der Wirklichkeit wieder. Denn sie führt nicht die Fälle der versteckten Abstimmung auf, in denen der Vorsitzende einen Konsens feststellt, bei dem die überstimmte Minderheit darauf verzichtet, ihre Opposition zu Protokoll zu geben. Noch weniger können Zahlen über Abstimmungen den Einfluß wiedergeben, den die Möglichkeit der Minorisierung auf das Verhalten der Delegationen bei den Verhandlungen hat."¹⁸³ Weil die Bundesrepublik bereits die dominierende Macht in Westeuropa ist und diese Position mittelfristig durch den Beitritt der DDR noch ausgeweitet werden wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bundesregierung für die Entscheidungsträger in den anderen Staaten der EG zunehmend einer derjenigen "externen Akteure" sein wird, dessen "potentielle Entscheidungsprozesse" mitberücksichtigt werden bzw. sie ihnen durch Anpassung an dessen Ziele und Werte zuvorzukommen versuchen, "und zwar auch dann, wenn dadurch der interne Ausgleich erschwert wird. Um außenpolitische Konflikte zu vermeiden, werden innenpolitische Auseinandersetzungen in Kauf genommen."¹⁸⁴ Sowohl der deutsch-französische Vorstoß als auch die Schlußfolgerungen des Gipfels enthalten als Extrapunkt - auch in bezug auf die Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik - diese "Effektivierung": Die "verstärkte Anwendung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit" soll geprüft und "namentlich die Möglichkeit erwogen" werden, "dies zur allgemeinen Regel mit einer begrenzten Zahl von Ausnahmen zu erheben".¹⁸⁵ Damit würde die Möglichkeit für dominante, relativ autonomere Staaten wesentlich erweitert, ihre Interessen auch gegen Widerstreben durchzusetzen. Die faktisch gegebene gegenseitige Verflechtung würde sich noch weniger als Beschränkung erweisen.

Auch der Zeitpunkt, wann mit einer Umsetzung gerechnet werden kann, ist nicht absehbar. Zwar wurde bei dem Gipfel beschlossen, "daß die Arbeiten der beiden Konferenzen parallel zueinander durchgeführt und rasch gemeinsam zum Abschluß gebracht werden" und "ihre Ergebnisse zusammen ratifiziert werden sollen mit dem Ziel, dieses Verfahren vor Ende 1992 abzuschlie-

180 Warum umgekehrt Mehrheitsentscheidungen im Vergleich zum Konsensprinzip das demokratischere Verfahren sein soll, mit dem man den "unüberhörbaren Warnungen vor deutscher Dominanz oder gar Hegemonie ... am wirkungsvollsten" begegnen kann, bleibt das Geheimnis des Autors; vgl. Hrbek (s. Anm. 22), S. 137f. Die Zugeständnisse an das Europäische Parlament sind marginal. Dessen zentrale Forderung, endlich eine den nationalen Parlamenten entsprechende Kompetenz bei der Gesetzgebung zu erhalten, wurde schon in dem deutsch-französischen Vorschlag nur angedeutet und im Kommuniqué des Gipfeltreffens an nachgeordneter Stelle noch vorsichtiger formuliert: die "Entwicklung von Mitentscheidungsverfahren für Gesetzgebungsakte im Rahmen der Typologie der Gemeinschaftsakte" soll "in Betracht gezogen werden". Vgl. Schlußfolgerungen (s. Anm. 179), S. 1553.

181 Werner Ungerer, Die Entwicklung der EG und ihr Verhältnis zu Mittel- und Osteuropa, in: Aussenpolitik, Nr. III/1990, S. 225-235, hier S. 226.

182 Claus-Dieter Ehlermann, Die institutionelle Entwicklung der EG unter der Einheitlichen Europäischen Akte, in: Aussenpolitik, Nr. II/1990, 41. Jg., 2. Quartal, S. 136-146, hier S. 136.

183 Ehlermann, (siehe Anm. 182), hier S. 139.

184 Helga Haftendorn, Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum, Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: politische vierteljahres schrift, 30. Jg., H. 1, März 1989, S. 32-49, hier S. 34.

185 Schlußfolgerungen (s. Anm. 179), S. 1555. Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik soll der "Konsens für die Festlegung der allgemeinen Leitlinien" beibehalten werden, wobei aber Enthaltungen und "Nicht-Beteiligung" als "Mittel zur Erreichung von Einstimmigkeit" ausdrücklich genannt werden; vgl. ebd., S. 1054.

ben".¹⁸⁶ Die großen Meinungsverschiedenheiten in beiden Bereichen lassen es jedoch fraglich erscheinen, welche der ursprünglichen weitreichenden Ziele in diesem Zeitraum tatsächlich beschlossen bzw. erreicht werden können.¹⁸⁷ Der ausdrückliche Hinweis von Bundeskanzler Kohl (nach dem Gipfel auf einer Pressekonferenz), er habe "in der Diskussion unmißverständlich klargestellt, daß die Parallelität zwischen beiden Konferenzen" für ihn "unabdingbar ist"¹⁸⁸, bedeutet auch, daß die Verwirklichung der besser vorbereiteten Währungsunion nicht vorgenommen wird, bevor keine Einigkeit in der Politischen Union erreicht ist. Dies wiederum könnte bedeuten, daß auch die Währungsunion erst zum Ende des Jahrtausends wirklich angegangen wird oder daß es nur zu den unverbindlichen und keineswegs souveränitätsbeschränkenden Schritten kommt, wie sie unter dem Terminus "Bundesstaat" verstanden werden. Zunächst konnte aber vermeldet werden: "Die römische Regierungskonferenz ist ohne unmittelbaren Schaden für die Mark über die Bühne gegangen."¹⁸⁹

Gemessen an den Vorschlägen westeuropäischer Wissenschaftler müssen die bisherigen und absehbaren Ergebnisse und Tendenzen sehr skeptisch stimmen. Sie hatten - neben dem anfangs erwähnten Erfordernis der Einbindung der BRD - auf der Basis einer sachlichen Analyse der bestehenden Demokratiedefizite als "Hauptziel der institutionellen Weiterentwicklung der EG" benannt, "die Entscheidungsprozesse zu parlamentarisieren, zu demokratisieren sowie wirksam zu gestalten" und dafür detaillierte Vorschläge gemacht.¹⁹⁰ Statt einer stärkeren strukturellen Einbindung (im Sinne von Souveränitätsverzicht) der Bundesrepublik in die EG ist durch die mangelnde Kompetenzzuweisung an das EP und wegen der Bestrebungen zur Einschränkung des Konsensprinzips im Rat sogar ein umgekehrter Prozeß der Entdemokratisierung zu beobachten.

Prognosen über die zukünftigen Formen, in denen sich die schon seit einigen Jahren zu beobachtende "West-Europäisierung" der Sicherheitspolitik¹⁹¹ entwickeln wird, sind heute noch nicht eindeutig zu identifizieren. Es herrscht der Eindruck vor, daß sich an den vielschichtigen und zum Teil widersprüchlichen Interessenlagen der beteiligten Regierungen - auch Frankreichs und der Bundesrepublik, die als die beiden wichtigsten für weitere Integrationsschritte angesehen werden - wenig geändert hat. Ebenso wie bei der Revitalisierung der WEU in der ersten Hälfte der 80er Jahre betonen neben britischen auch bundesdeutsche Politiker, daß die Bestrebungen zu einer eigenständigen westeuropäischen Sicherheitspolitik nicht als Abkopplung von den USA, sondern im Gegenteil als Stärkung der NATO durch den "europäischen Pfeiler" zu verstehen sei.¹⁹² Außerdem ist das "Nationalstaatsdenken und besonders das Nationalstaatsgefühl in Frankreich genausowenig verschwunden wie bei den Deutschen. (...) Gerade in den verteidigungs- und außenpolitischen Gefilden fällt es Bonn wie Paris schwer, sich ein wirklich integriertes Europa vorzustellen, und nur wenige wollen es konkret."¹⁹³ Die Abhängigkeiten und Verflechtungen einerseits, der Fundus an gemeinsamen Interessen in den westlichen Bündnissen sind aber so groß, daß eine von einigen Beobachtern nicht ausgeschlossene *Desintegration* nicht wahrscheinlich ist. Als ein Hinweis unter mehreren auf einen Trend zur Renationalisierung können z.B. verschiedene Äußerungen des französischen Verteidigungsminister Chévenement

186 Schlußfolgerungen (s. Anm. 179), S. 1555.

187 Vgl. auch *Financial Times* 17.12.1990, S. 2.

188 Die Erklärung Kohls findet sich in: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 149, 21.12.1990, S. 1559-1560, hier S. 1559.

189 *Wirtschaftswoche*, Nr. 52/53, 21.12.1990, S. 6.

190 Vgl. die zusammenfassende Veröffentlichung im Hinblick auf den Dubliner EG-Gipfel in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 21.6.1990, S. 9-10. Vgl. auch bereits W. Weidenfeld / J. Janning, *Die Zukunft des Kontinents, Perspektiven einer neuen Friedensordnung für Europa*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 28.2.1990, S. 8.

191 Vgl. u.a. Lothar Brock / Mathias Jopp (Hg.), *Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa*, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 25, Baden-Baden 1986; Werner Weidenfeld u.a., *Die Architektur europäischer Sicherheit: Probleme, Kriterien, Perspektiven (Reihe Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Arbeitspapiere 2)*, Gütersloh 1989.

192 Vgl. z.B. Kohl (s. Anm. 188), S. 1560. Außenminister Genscher versicherte seinem Kollegen Baker bei der letzten NATO-Herbsttagung, daß die Politische Union und eine EG-Sicherheitspolitik nicht zu einer Spaltung des Bündnisses führen solle; vgl. *Frankfurter Rundschau* 18.12.1990, S. 2.

193 Rován (s. Anm. 27).

gelten; er sprach sich im Dezember auf einer französisch-britischen Tagung für eine Neuauflage der entente cordiale aus.¹⁹⁴ Auch wenn diese Tendenzen nicht zu einer weiteren Renationalisierung führen, scheint es doch zumindest fraglich, ob angesichts der fortdauernden Wirksamkeit der nationalen Unabhängigkeit als wichtigstem Teil der französischen Staatsräson und der weiterhin festen Orientierung Englands und der Bundesrepublik auf engste verteidigungs- und sicherheitspolitische Kooperation mit den USA es zu einer stärkeren institutionellen Integration kommen wird.¹⁹⁵

Gleichzeitig sind aber auch die sehr stark auf sicherheitspolitische Eigenständigkeit bedachten Regierungen der westlichen Nationalstaaten mit Entwicklungen konfrontiert, die eine souveräne Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer stärker unterlaufen bzw. immer weniger rational erscheinen oder gar unmöglich werden lassen. Dazu zählt unter anderem die kaum gebremste überdurchschnittliche Verteuerung von Rüstungsgütern und der daraus entstehende "Zwang" zu rüstungsindustriellen Verflechtungs-, Kooperations- und Konzentrationsstrategien¹⁹⁶, die wiederum durch die Entwicklung der Konkurrenzverhältnisse auch auf dem "zivilen" Weltmarkt bestärkt und ergänzt werden. Angesichts dieser Entwicklungen und der auch zwischen den WEU- und noch deutlicher zwischen den EG-Staaten weiterbestehenden Interessenunterschiede und -gegensätze ist die verstärkte, aber flexible und pragmatische Nutzung der WEU und anderer organisatorischer Rahmen zur engeren sicherheitspolitischen *Kooperation* in unterschiedlichen Gebieten zu erwarten, nicht aber eine souveränitätsbeschränkende *Integration*, wie sie der Ruf nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EG vermuten läßt. Die wahrgenommene Notwendigkeit, relativ schnell auf militärischem Gebiet sehr konkret zu werden - in Form der Koordination des Einsatzes ihrer Verbände im Rahmen eines von den USA geführten Truppenaufmarsches im Persischen Golf gegen den Irak -, hat diesen Prozeß beschleunigt. Er erreichte einen vorläufigen Höhepunkt mit der WEU-Ministerratstagung Ende Dezember 1990, bei der die Außen- und Verteidigungsminister gemeinsam berieten. Im Unterschied zu früheren Beratungen wurde nicht nur positiv Bezug genommen auf den deutsch-französischen Vorschlag einer Verbindung zwischen EG und WEU, sondern auch der Anspruch formuliert, daß die WEU "eine Schlüsselrolle" spielen soll bei "einer Reform des atlantischen Bündnisses, dessen politische und militärische Strukturen verändert werden müssen, um die größere europäische Rolle widerzuspiegeln".¹⁹⁷ Es werden auch - über die Koordination des Truppeneinsatzes am Golf hinaus - wesentlich konkretere Schritte formuliert, um diesen Ziel näher zu kommen. Die Minister bitten die "Verantwortlichen der Planungsstäbe ... , regelmäßige Treffen abzuhalten und gemeinsam die längerfristigen Perspektiven zu erörtern", und auf der Frühjahrstagung 1991 sollen auf der Basis von Arbeitsgruppenergebnissen Schlußfolgerungen über die Rolle der WEU bei Bedrohungen von außerhalb Europas gezogen werden. Um den Kooperationsprogrammen "neue Anstöße" zu geben, wurde vereinbart: "In den ersten Monaten 1991 wird ein Treffen der Stabschefs stattfinden, bei dem eine militärische Bewertung der Herausforderungen für die europäische Sicherheit sowie Programme für die Zusammenarbeit ... vorgenommen werden soll. Auf dem Gebiet der Satellitenüberwachung werden Experten die praktischen Modalitäten der Einrichtung eines Zentrums zur Auswertung von Satellitendaten eingehender prüfen, um den Ministerrat in die Lage zu versetzen, bei seiner Tagung im Frühjahr 1991 einen Beschluß zu fassen, und rechtzeitig vor diesem

¹⁹⁴ Auf die Gefahr von Re-Nationalisierungstendenzen in Europa nicht nur in bezug auf die Sicherheitspolitik wurde von vielen Seiten hingewiesen; vgl. z.B. David Calleo, Einheit ja, Frankensteinmonster nein, in: Die Zeit, Nr. 2, 5.1.1990, S. 3, und Michael Stürmer, Unklare Verhältnisse, Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.12.1990, S. 1.

¹⁹⁵ Vgl. auch Berndt von Staden, Das ganze Europa muß es sein ..., in: Aussenpolitik, Nr. 1/90, S. 24-37, hier S. 34. Ein weiterer Hinweis auf Renationalisierungstendenzen ist auch, daß die BRD und Frankreich unabhängig voneinander zwei weitreichende Verträge mit der UdSSR unterzeichnet haben. Der Vertrag zwischen Frankreich und der Sowjetunion enthält aber keine explizite Nicht-Angriffspassage, sondern nur Konsultationsverpflichtungen und die Absicht zur Abstimmung. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.10.1990, S. 1f.

¹⁹⁶ Vgl. dazu Harald Bauer, Rüstungskooperation in Westeuropa - Europäische Gemeinschaft und Independent European Programme Group, Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Nr. 42, Berlin 1990.

¹⁹⁷ Communiqué des Ministerrates der WEU, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 147, 20.12.1990, S. 1541-1542, hier S. 1541f.

Treffen den Bedarf an Untersuchungen über die mittel- und langfristige Weltraumkooperation zu ermitteln.¹⁹⁸ Das gemeinsame Merkmal aller organistorischen Zusammenhänge und Institutionen, die für eine engere sicherheitspolitische Kooperation der westeuropäischen Staaten in Frage kommen, ist die nicht vorhandene demokratische Kontrolle und nur sehr vermittelt herzuleitende Legitimation.

Im Vergleich mit den vielfältigen Bestrebungen, zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation Westeuropas zu gelangen, nehmen sich die auf eine gesamteuropäische Zusammenarbeit gerichteten Aktivitäten der EG-Staaten bisher eher bescheiden aus. Den sich reformierenden Staaten Ost- und Südosteuropas, die sich stark in Richtung der EG orientieren, werden zwar verschiedene Zusagen gemacht; um den gesellschaftlichen Wandel zu einem Erfolg werden zu lassen bedürfte es "jedoch einer viel größeren und tragfähigeren Verbindlichkeit Westeuropas" - der zitierte Autor führt die deutsch-deutsche Vereinigung als positives Beispiel an -, als sie bislang zu beobachten ist.¹⁹⁹ Die EG-Kommission hatte schon im Sommer die weitreichenden Hoffnungen der ost- und südosteuropäischen Staaten mit einer Vorlage an den Rat gedämpft, wonach den Reformländern sogenannte "europäische Abkommen" angeboten werden sollten, die "Abkommen" und bewußt nicht Assoziierungsverträge heißen, damit sie nicht zwangsläufig als Vorstufe für eine spätere Mitgliedschaft gelten.²⁰⁰ Die wenigen Fortschritte zur "europäischen Einigung" auch auf ökonomischem Gebiet führten bei dem KSZE-Gipfeltreffen in Paris Ende November zu eindringlichen Warnungen vor der Verfestigung der Wohlstandsmauer in Europa von seiten der Regierungschefs der kleineren WVO-Staaten.²⁰¹

5. *MACHTPOTENTIAL UND MACHTPOLITIK DER BRD?*

Bei der Bewertung des machtpolitischen Potentials der BRD herrscht weitgehend Einigkeit: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der führenden Industrienationen der Welt; in Europa ist sie darüberhinaus schon seit Jahren die dominierende ökonomische Macht²⁰², eine regionale Großmacht, auch wenn sie sich noch immer als Mittelmacht "tarnt".²⁰³ Dieses Potential wird durch den Anschluß der DDR, die Erschließung der osteuropäischen Märkte und die höhere Gewichtung ökonomisch-technologischer gegenüber militärischen Machtkomponenten noch zunehmen.

Genauso wenig wird bezweifelt, daß Staaten wie die Bundesrepublik "durch ihr bloßes Gewicht" auf andere Staaten einwirken.²⁰⁴ Allein z.B. die Tatsache, daß die Bundesrepublik die stärkste Volkswirtschaft in der EG ist, hat Auswirkungen auf die anderen Staaten: "Konjunktur-, Zins- und Währungsentwicklung in der Bunderepublik haben ... sehr wohl asymmetrische Auswirkungen auf die übrigen EG-Länder, die diese zu nicht-reziproken Anpassungsreaktionen veranlassen können."²⁰⁵ Der Autor meint zwar, die BRD sei nicht in der Lage, ihre Wirtschaftskraft zur "Herbeiführung gewünschter Entscheidungen in anderen Politikfeldern machtpolitisch umzumünzen", und sie übe deshalb auch keine politische Hegemonie in der EG aus. Er nennt aber auch die

198 Ebd., S. 1542.

199 Timothy G. Ash, Das Jahr, in dem die Freiheit kam, in: Die Zeit, Nr. 50, 7.12.1990, S. 12f.

200 Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.8.1990, S. 13.

201 Vgl. z.B. die tageszeitung 22.11.1990, S. 1f.

202 Als entscheidender Parameter dafür gibt neben dem Handelsvolumen die seit Beginn der 70er Jahre erreichte Position als zweitwichtigste Reservewährung der Welt hinter dem US-Dollar. Vgl. auch die Methodenkritik zur Messung ökonomischer Stärke bei Kurt Hübner, "Wer Macht hat, kann sich alles erlauben!", Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie - Dominanz - Macht - Kooperation in der globalen Ökonomie, in Prokla, Nr. 81, 20. Jg., Dezember 1990, S. 66-90, S. 69f.

203 Hans-Peter Schwarz, Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem, in: Karl Kaiser / H.-P. Schwarz (Hg.), Weltpolitik, Strukturen - Akteure - Perspektiven, Bonn 1985, S. 50-74, hier S. 60.

204 Schwarz (siehe Anm. 203), hier S. 54.

205 Volker Rittberger, Die Bundesrepublik Deutschland - eine Weltmacht? Außenpolitik nach vierzig Jahren, in: aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4-5, 1990, S. 3-19, hier S. 16. Das letzte Beispiel hierfür lieferten die u.a. zur Schuldenfinanzierung der deutschen Einheit notwendigen Zinserhöhungen in der Bundesrepublik.

wichtigste Bedingungen dafür: die starke integrative Verflechtung und die Entscheidungsmechanismen in der EG sowie der mindere sicherheitspolitische Status gegenüber Frankreich und Großbritannien. Haftendorn verweist darüber hinaus auf die große Bedeutung der Sicherheitsabhängigkeit von den USA als sehr nachhaltige Beschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums der BRD.²⁰⁶ Infolge der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts als antagonistischem Systemgegensatz haben sich aber sowohl die für den bisher einmaligen Erfolg der EG als Integrationsgemeinschaft im internationalen System, als auch die Funktion der USA für die Sicherheitspolitik der europäischen Staaten - kurz: die maßgeblichen Rahmenbedingungen radikal verändert:

- Der Wegfall der UdSSR als Ordnungsmacht in Europa aufgrund der Aufgabe von konfrontativen Politikmustern gegenüber den westlichen Staaten und den Verbündeten in der WVO;
- der seit den 70er Jahren zu beobachtende relative Hegemonieverlust der USA auf ökonomischem Gebiet wird ergänzt durch einen Einflußverlust auf militärischem und politischem Gebiet aufgrund des Bedeutungsverlustes der NATO für die Sicherheit der westeuropäischen Staaten innerhalb Europas (nur noch sehr geringe Abhängigkeit von US-Atomschirm);
- die staatliche Vereinigung und die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder hergestellte volle Souveränität Deutschlands, d.h. der Wegfall einer "objektiven Schranke für die Wiederaufnahme machtstaatlicher Politik"²⁰⁷, und das durch den DDR-Beitritt noch erhöhte ökonomische Gewicht der BRD vergrößert den politischen Handlungsspielraum der BRD;
- gleichzeitig sind die Ansätze, das bundesdeutsche Machtpotential politisch und strukturell einzubinden, auf gesamteuropäischer Ebene gescheitert, im westeuropäischen Rahmen und im atlantischen Bündnis nicht sehr weitgehend.²⁰⁸

Es ist als ein Ergebnis der tendenziellen Auflösung des Ost-West-Konflikts und der deutschen Vereinigung festzuhalten, daß nicht nur das absolute, sondern auch das relative Machtpotential der Bundesrepublik gewachsen²⁰⁹ und damit die theoretische Möglichkeit für die Verwirklichung machtpolitischer Verhaltensmuster gegeben ist.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, daß der neue deutsche Einheitsstaat nicht nur als souveräne Großmacht in Europa, sondern aufgrund seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit sogar als eine Weltmacht verstanden wird - die deshalb (und weil die "westeuropäische Integration allein, von der überflüssig werdenden NATO gar nicht zu reden, ... ein etwas zu enges Korsett wäre") "in die Weltverantwortung" eingebunden werden sollte, "zum Beispiel durch den Beschluß des UNO-Plenums, (sie) in den Rang eines ständigen Sicherheitsratsmitglieds zu erheben".²¹⁰

Strittig sind demgegenüber die Einschätzungen und Erwartungen, ob und wie "die Bundesrepublik" ihren gewachsenen Handlungsspielraum ausnutzen wird. Angesichts der Besorgnisse bei allen europäischen Nachbarn über die neu entstehende Großmacht in Europa sahen sich führende bundesdeutsche Politiker veranlaßt, jegliche machtpolitischen Ambitionen weit von sich zu weisen. Eine der von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in vielen Reden am häufigsten verwendeten Formeln war die von der Überlebtheit des Nationalstaats, der Einbettung der deutschen in die europäische Einigung und des notwendigen Übergangs von der Macht- zur

²⁰⁶ Vgl. Haftendorn (s. Anm. 184), S. 47.

²⁰⁷ Rittberger (s. Anm. 98), S. 112.

²⁰⁸ Selbst die bisher als besonders wichtig angesehene Begrenzung militärischer Macht im Rahmen der NATO - das Nicht-Vorhandensein eines nationalen Oberbefehls über die bundesdeutschen Streitkräfte - wird nun als letztes Symbol uneingeschränkter Souveränität in Frage gestellt. So forderte der neue Oberbefehlshaber des Bundeswehr-Territorialkommandos Süd, Generalmajor Wilhelm Jacoby, wieder eine "operative Führung", die an die NATO abgegeben sei. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.11.1990, S. 4.

²⁰⁹ Vgl. auch Walter Russel Mead, The Once and Future Reich, in: World Policy Journal, Vol. VII, No. 4, Fall 1990, S. 593-638.

Verantwortungspolitik.²¹¹ Gleichzeitig sind sich die führenden Politiker aber natürlich der Position der Bundesrepublik bewußt. Bundeskanzler Kohl stellt fest, daß "wir nicht nur nach der Zahl, sondern nach allen anderen Daten das stärkste Land in Europa sein werden". Sein außenpolitischer Berater Teltschik ergänzt, es sei "in der Vergangenheit in der EG nichts gegen uns gelaufen. Künftig geht es erst recht nur mit, nicht gegen uns."²¹² Bei der ebenfalls häufig verwendeten Formulierung, man wolle ein "europäisches Deutschland" (und kein "deutsches Europa"), dachte man im Bonner Außenministerium aber besonders an eine Stärkung der Rolle der EG und weniger an gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen.²¹³

Vertreter einer verhältnismäßig optimistischen Einschätzung der bundesdeutschen Machtambitionen berufen sich als Beurteilungskriterium auf die nunmehr 40jährige demokratische Verfassung der BRD, ihr Selbstverständnis als integrationsorientierter Handelsstaat und die durch eine erfolgreiche Wohlfahrtspolitik erreichte gesellschaftliche Stabilität.²¹⁴ Setzt man das - wie es oft getan wird - in Vergleich zum diktatorischen Hitler-Regime oder - bezogen auf die deutschen Vereinigungspolitik - mit der "Blut-und-Eisen-Politik" Bismarcks, ist diese gesellschaftliche Verfaßtheit sicher als ein Fortschritt, wenn auch nicht als Garantie für eine nichtkriegerische Außen- und Sicherheitspolitik anzusehen. Denn trotz gegenteiliger Vermutungen ist der Beleg für die potentiell größere politische Konfliktlösungsfähigkeit und -willigkeit parlamentarischer Demokratien im Vergleich mit anderen Herrschaftssystemen noch nicht erbracht. Das Argument, daß parlamentarische Demokratien statistisch nachweisbar kaum Kriege gegeneinander führen, kann allein nicht als Beleg gelten, weil die Frage, ob und welche anderen Faktoren für diese Erscheinung (mit-) verantwortlich sein könnten, nicht gestellt wird.²¹⁵ Hier wäre zum Beispiel in Betracht zu ziehen, daß die Konflikte zwischen den seit dem Zweiten Weltkrieg existierenden demokratisch verfaßten Staaten nicht so gravierend waren, daß der große gemeinsame Interessensfundus unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts nicht ernsthaft in Frage gestellt worden ist. Für den westdeutschen Teilstaats war es darüberhinaus die entscheidende Existenzvoraussetzung, auf die Anwendung von Gewalt gegenüber ihren westlichen Verbündeten zu verzichten. Und einer konsequenten, d.h. vor allem auf die Anwendung militärischer Gewalt prinzipiell verzichtenden Friedenspolitik wurde von der Mehrheit der herrschenden politischen Kräfte im Westen von vornherein eine Absage erteilt. Darüber hinaus ist die Bundesregierung sogar bemüht, ihre neugewonnene Souveränität und damit "Normalität" auch militärisch wieder deutlich werden zu lassen: Grundgesetz und Bundeswehr sollen so verändert werden, daß erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Einsätze von deutschen Kampftruppen außerhalb Deutschlands wieder möglich werden. Die Planungen der Bundeswehr, die von der Bundesregierung im Grundsatz gutgeheißen worden sind, für die zukünftige Streitkräftestruktur der souveränen Bundesrepublik sind aus zwei Gründen besonders interessant: Die auf 370.000 Soldaten zu verkleinernde Bundeswehr soll erstens eine neue Kategorie von Streitkräften bekommen - "schnell verfügbare Kräfte"; zweitens sind - in einem Ende November in Paris erst feierlich deklarierten Europa des Friedens - diese hochmobilen und modern ausgerüsteten Einheiten nicht nur gedacht "als deutscher Beitrag zu multinationalen Einsätzen des Bündnisses und ... im Rahmen

210 Nikolai Portugalow, Der Dornenweg zur Weltmacht, in: Der Spiegel, Nr. 41, 8.10.1990, S. 184-190, hier S. 190.

211 Vgl. z.B. H.-D. Genscher, Die deutsche Vereinigung als Beitrag zur europäischen Stabilität, Rede ... vor der WEU-Versammlung in Luxemburg, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 40, 27.3.1990, S. 309-313, sowie das Interview mit dem Bundesaußenminister in Der Spiegel, Nr. 40, 1.10.1990, S. 30-35. Die Formel von der Verantwortungspolitik muß aber keinen Gegensatz zu Machtpolitik bilden. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen, Stuttgart 1985, dessen Schlußkapitel mit "Verantwortlicher Machtpolitik" überschrieben ist.

212 Zit. nach Der Spiegel, Nr. 40, 1.10.1990, S. 18.

213 So die Wiedergabe einer Aussage des AA-Planungschefs Citron bei Albrecht (s. Anm. 31, S. 88).

214 So z.B. Rittberger (s. Anm. 205 und 98, bes. S. 117f.) sowie der Band von H.-P. Schwarz (s. Anm. 211).

215 Vgl. ausführlicher Gärtner (s. Anm. 159).

internationaler militärischer Missionen der UN", sondern auch für den Fall von "regionalen Konflikten in Europa".²¹⁶

Zieht man die praktische Politikgestaltung während der internationalen Verhandlungen zur deutschen Einheit als Beurteilungsmaßstab heran, ist in bezug auf das wichtigste Ziel der Bundesregierung - die möglichst rasche Verwirklichung der deutschen Einheit bei voller Souveränität eine einseitige Interessendurchsetzung sowohl gegenüber Polen²¹⁷ und der UdSSR, wie auch gegenüber den westeuropäischen Verbündeten festzustellen. Dies fand seinen Ausdruck vor allem in der Prioritätenumkehr der Bundesregierung in bezug auf den deutschen und europäischen Einigungsprozeß: Mit der deutschen Einheit wollte sie "ihren Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten" - während bis zu Anfang dieses Jahres "umgekehrt erst die Herstellung eines europäischen Friedenszustandes auch dem deutschen Volk seine Einheit wiederzuerlangen gestattet sollte".²¹⁸ Zugeständnisse an die Nachbarstaaten erfolgten entweder, um Hindernisse zur Erreichung des wichtigsten Ziels (der deutschen Einheit) zu beseitigen, oder erst, nachdem die staatliche Vereinigung vollzogen worden war und meist in anderen als sicherheitspolitischen Bereichen.²¹⁹ Die insbesondere nach der staatlichen Vereinigung und dem KSZE-Gipfel zu hörende Behauptung, keiner der Nachbarn hätte mehr Einwände gegen die deutsche Einheit, gibt da bestenfalls den aktuellen Stand wieder und blendet aus, daß die Nachbarstaaten unter den gegebenen Bedingungen diesen Prozeß nicht verhindern konnten oder es als abhängige Systeme im Hinblick auf eine langfristige Interessensicherung nicht opportun fanden, dies zu versuchen.²²⁰ Auch weil eines der am nachhaltigsten verfolgten Ziele die Erlangung der vollen staatlichen Souveränität war, deren Einschränkung jedoch mit der weiteren EG-Integration gerade erreicht werden soll, scheinen optimistische Prognosen über die kurz bevorstehende Intensivierung der westeuropäischen Integration zumindest sehr gewagt. Damit ist aber auch die einzige z.Z. in Aussicht stehende *strukturelle* Einbindung des Machtpotentials der BRD in Frage gestellt.²²¹

Auch das Argument der durch eine erfolgreiche Wohlfahrtspolitik und das demokratische System erreichten gesellschaftlichen Stabilität kann nicht ohne weiteres für die erweiterte BRD Geltung beanspruchen. Abgesehen davon, daß die mehr als 16 Millionen DDR-BürgerInnen keine demokratische Sozialisation genossen haben, wird die Entwicklung einer Wohlstandsbürgeridentität von einer tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Krise, deren Dimensionen die ökonomischen Parameter des Krisenhöhepunktes 1932 zum Teil übersteigen, zumindest stark hinausgezögert. Durch die Nichterfüllung des Hauptmotivs einer großen Mehrheit, die für einen schnellen

²¹⁶ So die Ankündigung der Planungen durch Bundesverteidigungsminister Stoltenberg, Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.11.1990, S. 1f. Vgl. auch Friedrich Holtzendorff, Die Bundeswehr auf dem Marsch in die Zukunft, in Europäische Wehrkunde, Nr. 12, 1990, S. 697-700, und das Interview mit Generalinspekteur D. Weltershoff in: Die Zeit, Nr. 41, 5.10.1990, S. 7.

Auch läßt die Betrachtung der Politik zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten sehr nachdrückliche Zweifel an der demokratischen Kultur gerade der Parteien in der alten Bundesrepublik aufkommen. Die wichtigsten Stichworte sind: der sog. "Einigungsvertrag", in dem die Bundesregierung der DDR ihre überaus harten Bedingungen für den schnellen Anschluß diktierte; die Manipulation des Wahlrechts durch die großen Parteien; die versuchte Manipulation des Verfassungsrechts beim Wahltermin; die beabsichtigte Ignorierung der Grundgesetzbestimmungen über die Formulierung einer vom Volk zu verabschiedenden Verfassung. Vgl. auch die Charakterisierung des (autoritären) Politikverständnisses und -stils von Bundeskanzler Kohl durch Theo Sommer, Gerettet von der deutschen Einheit, in: Die Zeit, Nr. 48, 23.11.1990, S. 3, und Jürgen Leinemann, Helmut Kohl als Symbol, in: Der Spiegel, Nr. 47, 20.11.1989, S. 130-133.

²¹⁷ "Die Polen hatten eine vollständige Niederlage hinnehmen müssen." Besonders beeindruckte die letzten DDR-Außenpolitiker "die bloße Arroganz der Macht, mit der die Polen ins Aus geschickt wurden. Mit keinem ihrer Anliegen waren sie durchgedrungen." Albrecht (s. Anm. 31), S. 123ff.

²¹⁸ Schoch (s. Anm. 18), S. 163.

²¹⁹ Insbesondere die ökonomischen und finanziellen Hilfs- und Kooperationsversprechen an die UdSSR und Polen können als Beispiele dafür gelten, wie sich ökonomische in politische Macht verwandeln läßt.

²²⁰ So meinte z.B. Bundeskanzler Kohl beim Pariser KSZE-Gipfel, es gebe keine Einwände gegen die deutsche Einheit; vgl. die tageszeitung 22.11.1990, S. 3. Andernorts gesteht er ein, daß er mit "erheblichen Reserven und Ängsten" zu kämpfen hatte; Der Spiegel, Nr. 40, 1.10.1990, S. 22. Von Bundesaußenminister Genscher wird die Aussage berichtet, die Wiedervereinigung wäre nie möglich geworden, wenn die Bundesrepublik ihre Außenpolitik tatsächlich mit der der anderen EG-Partner vereinheitlicht hätte; die tageszeitung 4.10.1990, S. 4.

Beitritt zur BRD gestimmt hat, und durch die extrem hohen Kosten der "Sanierung" der DDR wird die gesellschaftliche Stabilität zumindest einige Male stark erschüttert werden. Die ökonomische und soziale Krise könnte aber für die Demokratie der Bundesrepublik noch weit schwerwiegendere Konsequenzen haben, weil der anfänglich "kühl berechnete und moderierte 'Eliten-Nationalismus', der als sinnstiftende Kulisse für den überstürzten Prozeß der wirtschaftlichen Integration dramaturgisch eingesetzt wurde", sich als ein Integrationsmittel erweisen könnte, "das, wenn es wirksam bleiben soll, leicht in eine Eskalationslogik geraten und nach immer höheren Dosierungen verlangen kann". Die neue BRD ist umso mehr auf die ökonomische Integration des neuen Gesamtstaates angewiesen, weil ihr eine "solide national-kulturelle wie auch demokratisch-revolutionäre Fundierung der Einheit" fehlt.²²²

Es soll an dieser Stelle jedoch nicht einem falschen Alarmismus das Wort geredet werden, wie er sich in bezug auf das neue Deutschland zum Beispiel im Schlagwort des "4. Reiches" kristallisierte. Die zukünftige Politikgestaltung und der Grad der machtpolitischen Ausprägung in der Bundesrepublik kann wissenschaftlich redlich auch nicht prognostiziert werden - nicht zuletzt deswegen, weil mit den Entwicklungen in Europa eine grundlegend neue Situation entstanden ist. Diese Fragen, ob, wieweit und mit welchen Mitteln von Seiten der Bundesrepublik Machtpolitik betrieben wird, kann und sollte aber auf der Grundlage weiterer, detaillierterer Untersuchungen aus unterschiedlichen Politikfeldern zuverlässig beantwortet werden. Bislang ist festzustellen, daß sie ihre Interessen in Europa relativ weitgehend auch "gegen Widerstreben" durchsetzen konnte (und dies auch aktiv betrieben hat), keine aktive Politik der Selbstbeschränkung und des Souveränitätsverzichts verfolgte und die strukturelle Einbindung im einzig dafür in Frage kommenden EG-Rahmen relativ gering ist.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Die Situation in Europa wird sich in eine vergleichsweise "sicherere", aber friedenspolitisch nicht befriedigende Richtung entwickeln, weil das tendenzielle Ende des Ost-West-Konflikts als antagonistischer Systemkonflikt auf der Auflösung der einen Konfliktpartei beruht, was vorerst kaum oder gar nicht mit einem Verzicht auf die Androhung oder Anwendung Gewalt oder einer einseitigen bzw. bündnisorientierten Interessendefinition und -durchsetzung bei der anderen Konfliktpartei einhergeht. Gleichzeitig ist mit der um die DDR erweiterten BRD eine neue souveräne Großmacht entstanden, die aufgrund ihres mittelfristig noch vergrößerten ökonomisch-technologischen Potentials eine dominierende Rolle einzunehmen in der Lage sein wird. Die sich neu herausbildende europäische "Architektur" läßt sich deshalb mit dem Begriff der *hegemonialen Integration* unter der Führung Deutschlands beschreiben, die zusammengefaßt die folgende Elemente beinhaltet.²²³

- * "Große" Kriege zwischen den europäischen Staaten nach bisherigem Muster werden immer unwahrscheinlicher; "kleine" Kriege insbesondere zwischen und Bürgerkriege in ost- und südosteuropäischen Staaten sowie eventuell gemeinschaftliche Interventionen zu deren Beendigung sind keineswegs ausgeschlossen; militärisch ausgetragene Konflikte mit außereuropäischen Staaten erlangen in den sicherheitspolitischen Planungen und deren Realisierung (Rüstungspolitik, Militärstrukturen) ein wesentlich größeres Gewicht als bisher.

²²¹ Es ginge aber darum, "Bedingungen zu schaffen, unter denen spätere Generationen möglichst wenig Unfug anstellen können"; Eberhard Jäckel, Furcht vor der eigenen Stärke?, in: Die Zeit, Nr. 45, 2.11.1990, S. 10.

²²² Claus Offe, Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: Die Zeit, Nr. 51, 14.12.1990, S. 42.

²²³ Hegemonie wird hier - im Gegensatz zu Imperialismus-Konzepten - als die "fortschrittlichere" Herrschaftskonzeption verstanden, bei der die dominante Nation in ihrem strategischen Verhalten ihre Interessen unter partieller Berücksichtigung der Interessen der anderen Akteure durchsetzt. Vgl. dazu u.a. Hübner (s. Anm. 202), besonders S. 79.

- * Die ökonomische Entwicklung verläuft auch innerhalb Europas weiterhin "ungleichzeitig", insgesamt jedoch langfristig auf einem für alle steigenden Niveau; dies vermindert zwar einerseits die Wahrscheinlichkeit militärischer Konfliktaustragung innerhalb Europas; andererseits funktioniert die Steigerung der Lebensqualität aber nur über die Aufrechterhaltung ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen und aufgrund der Ausbeutung und Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen, was wiederum zu neuen, potentiell militärischen Konflikten mit außereuropäischen Staaten führt.
- * Die politischen Formen der Zusammenarbeit und Koordination werden zwar intensiviert und durch die lockere Anbindung einiger Staaten Osteuropas an die EG sowie im Rahmen der KSZE eventuell durch neue Mechanismen ergänzt, die nationalstaatliche Souveränität wird jedoch ohne einen - bisher in keinem der Mitgliedsstaaten erkennbaren - Druck von unten nicht durch weitergehende Integrationsschritte eingeschränkt. Auch wegen der im Rahmen der EG bestehenden und weiterentwickelten Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung der großen Staaten ist im Ergebnis mit einem relativen Hegemoniegewinn Deutschlands zu rechnen. Beide Entwicklungen haben sicherheitspolitisch einen geringen Grad der Einbindung und Kontrolle Deutschlands zur Folge.

Aus friedenspolitischer Sicht wäre aber selbst die feste strukturelle Einbindung der BRD in die EG oder auch die Auflösung aller westeuropäischen Nationalstaaten in einem Bundesstaat nur das kleinere Übel, wenn damit nicht eine grundlegende Neuorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik einherginge: Denn Friedenspolitik kann unter den Bedingungen globaler Verflechtungen nicht mehr und zukünftig immer weniger nur in und für Europa gemacht werden. Vertreter einer "verantwortlichen Machtpolitik" betrachten nun Zusammenschlüsse wie die EG als notwendiges, weil den internationalen Verflechtungen entsprechendes gemeinschaftliches Instrument, das "das Machtpotential der beteiligten Staaten teilweise absorbiert, neutralisiert, integriert (hat) zugunsten kollektiver Machtsteigerung".²²⁴ Es gibt bisher aber wenig Hinweise darauf, daß eine Mehrheit der politischen Eliten und der Bevölkerungen in den hochindustrialisierten Staaten gewillt ist, eine qualitativ neue, d.h. auf die einseitige Interessendurchsetzung (notfalls mit Gewalt) verzichtende Außenpolitik v.a. gegenüber den Staaten in der Dritten Welt zu betreiben. Im Gegenteil: Das Scheitern des real existierenden Sozialismus in Osteuropa wird im Westen mehrheitlich als Bestätigung des eigenen Gesellschaftssystems interpretiert. Ausgeblendet wird dagegen, daß das kapitalistische-industrielle Gesellschaftssystem im Grunde auch gescheitert ist, weil es auf der Ausbeutung der Dritten Welt und der Natur beruht, und damit "notfalls" gewaltsam auszutragende Konflikte verursacht und sogar die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören droht. Eine Politik, die keine grundlegende andere Richtung einschlägt, ist weder eine rationale Sicherheits-, geschweige denn Friedenspolitik zu nennen.

²²⁴ Schwarz (s. Anm. 15), S. 75.